

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiler Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 50 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inlerate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 8.

Sonnabend, den 23. Februar 1907.

11. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Wolfshagen-Langelsheim a. S.: Die Brüder
Eichenberg und Westerberg. Firma Strube. Essen: Marmor-
betrieb von Könen und Comp. Jena: Granitbetrieb, Conradus.
Oldenburg: Firma Högl (für Marmorsteleifer). Planken-
burg a. S.: Die Brüder des Unternehmers Schönfeldt.
Tever: Piaz Müller.

Erfurt. Piaz Merkel streiken die Steinmehlen.

Neustadt (Hardt). Die Kollegen sind ausgesperrt. Die Meister
legten einen recht eigenartigen Tarif vor, welchen unsere
Kollegen ablehnten, deshalb wurde die Aussperrung verfügt.

Der Kampf um den Preis der Arbeitskraft.

Das Ziel der proletarischen Klassenbewegung ist in der
Sauptfache eine Bezahlung der geleisteten Arbeit, wie sie
nach der Ergiebigkeit der Arbeit überhaupt möglich ist.
Dabei ist es gleich, ob die Bezahlung in barem Gelde oder
durch Anweisung auf eine gewisse Produktmenge oder
durch direkte Zuweisung von Produkten an die erfolgt,
welche der Gesellschaft ihren Kräften gemäß Arbeit ge-
leistet haben. In jedem Fall soll von der gesamten Pro-
duktmenge auf jeden, der sich der Gesellschaft nützlich
gemacht hat, der Anteil entfallen, der bei Teilung der
Produktmenge durch die Zahl der der Gesellschaft sich
nützlich gemacht habenden Glieder auf den einzelnen ent-
fällt. Natürlich kommen als Teiler und Anteilnehmer nicht
nur die physischen Arbeiter in Betracht, sondern auch die
geistigen. Weiter müssen als berechtigte Teiler alle im
Gemeinde- und Staatsdienst Beschäftigten oder sonstige
für die Gesellschaft Tätigen in der Zahl der Teiler mit ein-
gerechnet werden; denn wer sich der Gesellschaft nützlich
macht, sei es durch Schaffung von Gebrauchswerten oder
durch Teilnahme an der Vorbereitung dazu, sei es auf dem
weitverzweigten Gebiete der Verwaltung oder auch der
Kunst, hat, wenn seine Tätigkeit von der Gesellschaft als
eine nützliche anerkannt wird, Anspruch auf das Maß des
Wohllebens, welches sich aus der Gebrauchswerte schaffenden
Arbeit ergibt. Die gesamte Produktmenge kann
also gerechterweise nicht nur unter die an ihrer Hervor-
bringung beteiligt gewesenem verteilt werden, sondern sie
muß unter sämtliche Glieder der Gesellschaft, die sich dieser
nützlich erweisen, aufgeteilt werden. Ja, noch mehr! Von
der Erträgen der Arbeit müssen auch die zur Arbeit
noch nicht fähigen oder schon unfähig gewordenen mit
unterhalten werden. Insofern findet unser Einleitungs-
satz eine Einschränkung. Das ist aber auch die einzige, der
er unterworfen ist; keineswegs wird er durch die Tatsache
eingeschränkt, daß es heute eine große Anzahl Menschen
gibt, die sich der Gesellschaft in keiner Weise nützlich machen
können. Für solche wird in einer Gesellschaftsform, die
der Arbeit soweit wie nur möglich gerecht werden will,
kein Platz sein. Das wissen auch diese Drohnen der Gesell-
schaft, darum verteidigen sie mit zäher Ausdauer einen
Gesellschaftszustand, der gleich der Gemeinschaft der
Bienen einer großen Zahl seiner Elemente ein beschauliches
Dasein sichert, ohne daß sie zur Erhaltung der Gesellschaft
etwas beitragen.

Die Ungerechtigkeit eines solchen Zustandes für die
Bildner von Gebrauchswerten liegt auf der Hand, wenn
ihre Produktivität auch nicht allein auf ihrer Arbeit be-
ruht, da ihnen die Natur erst die Rohstoffe für ihre Pro-
dukte liefert. Wenn aber, wie es der Fall ist, diese Roh-
stoffe erst bearbeitet werden müssen, um für die Gesell-
schaft gebrauchsfähig zu werden, ja, wenn auch schon nur
zwecks Eintragens der Naturprodukte Arbeit aufgewandt
werden muß, wie es doch der Fall ist, so sind alle Glieder
der Gesellschaft verpflichtet, an dieser Arbeit teilzunehmen,
soweit sie von den Naturprodukten oder den aus ihnen
erst durch Bearbeitung gefertigten Gegenständen ihren
gesellschaftlichen Anteil verlangen. Es wäre daher
nur gerecht, ihnen diesen zu verweigern, da sie nicht gewillt
sind, sich an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zu be-
teiligen. Der Arbeitsgewinn gehört gerechterweise nur
den Arbeitern und denen, die sich auf sonst eine Weise der
Gesellschaft nützlich machen, nicht auch denen, welche der
Gesellschaft die von ihnen verlangende gesellschaftlich
notwendige Arbeit verweigern, obwohl sie fähig wären,
ihren Anteil daran zu leisten.

Von dieser ganz selbstverständlichen Ansicht sind nicht
nur die Klassenbewußten Arbeiter durchdrungen, sondern
die ganze bürgerliche Gesellschaft teilt diese Ansicht, was
in ihren Gesetzen gegen Diebstahl und Bettel in Erschei-
nung tritt. Wenn ein Nichtstuer aus den Schichten der
Unbemittelten sich seinen vermeintlichen ihm zustehenden
Anteil am Arbeitsertrage nimmt, wird er ins Gefängnis
gesteckt; den Bettler verweist man auf die Arbeit, selbst
dann, wenn man weiß, daß solche nicht vorhanden ist,
wenn man es nicht vorzieht, ihm für seine Freveltat einen

Polizisten auf den Hals zu hegen. Einen verarmten Men-
schen würde die bürgerliche Gesellschaft gleichfalls vermun-
dert ansehen, wenn er trotz seiner Weigerung, sich in der
Gesellschaft nützlich zu machen, Anspruch auf erst durch die
Arbeit beschaffene Existenzmittel erhöhe.

Eine Ausnahme von dieser allgemein befolgten Regel
macht aber die bürgerliche Gesellschaft mit dem Besitzen-
den. Er bekommt seinen Anteil vom Ertrage der Arbeit in
Form einer Kapitalrente, die einen Teil des Arbeitser-
trages bildet, denn um den Betrag der Kapitalrente
muß selbstverständlich der Preis der Arbeitsprodukte
steigen und die gesamte Konsumentenmasse auch ihre Kon-
sumartikel um so teurer bezahlen. Die Arbeiter, von
deren Arbeitsertrage doch nur die Kapitalrente bestritten
werden kann, könnten also, wenn der Unternehmergewinn
selbst keine Reduktion erführe, entweder so viel mehr Lohn
haben oder ihre Bedürfnisse um so viel billiger bestreiten,
wenn es keine Kapitalrente gäbe, die bekanntlich in den
verschiedensten Formen zutage tritt und nicht nur im Be-
triebe einer Aktiengesellschaft in Form einer Dividende.

Doch dagegen hat die bürgerliche Gesellschaft nichts ein-
zuwenden, um so mehr aber natürlich die Klassenbewußte
Arbeiterenschaft. Sie muß sich in ihrem Interesse selbst
schon dagegen wenden, daß der eigentliche wirtschaftliche
Unternehmer, der als solcher nominell ja der Zahler der
Kapitalrente ist, wenn er nicht selber so viel Kapital besitzt,
daß er fremdes nicht braucht, seinen Gewinn dermaßen
erhöht, daß derselbe den eines seiner bestbezahlten Ange-
stellten erheblich übersteigt. Soweit dies aber doch ge-
schieht, ist auch der Unternehmer ein Parasit am Gesell-
schaftskörper, der sich auf Kosten seiner Arbeiter ein über
sein persönliches Verdienst hinausgehendes angenehmes
Dasein schafft. Nicht um nur für seine etwaige Arbeit
einen annehmbaren Lohn zu bekommen, sondern auch
womöglich auf Kosten der Arbeiter Reichtum zu erwerben
und erworbenen Reichtum zu vermehren, bringen sich ge-
wisse Leute in den Besitz von Natur und in den Besitz
fremder Arbeitskraft, die sie zu ihrem Ausbeutungsprojekt
machen, nicht bloß zu einem Mittel, für ihre eigene Tätig-
keit sich eine Bezahlung zu sichern, die die ihrer Arbeiter
um nur wenig übertrifft. Das ist der charakteristische Zug
der kapitalistischen Wirtschaftsform. Da aber die
dabei im Klaren sich befindende Arbeiterenschaft eine
schwere Benachteiligung darin erblickt, so geht ihr Streben
dahin, diese Wirtschaftsform zu beseitigen und durch die
sozialistische zu ersetzen. Sie will also ganz folgerichtig
die Kapitalisten enteignen und ihnen dadurch die Mög-
lichkeit nehmen, fremde Arbeitskraft kaufen und ausnutzen
zu können. Solange es ihnen aber nicht möglich ist, dieses
Ziel zu erreichen, suchen sie wenigstens die für sie un-
günstigen Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsform
durch Reduktion des Kapitalprofits abzumildern: sie
suchen höhere Löhne zu erreichen.

Als Mittel dazu dient ihnen die Gewerkschaft, weil sie
als einzelne und vereinzelte, wie sie die Erfahrung lehrt,
mit ihrem Bestreben keinen oder doch nur geringeren Er-
folg haben können. Die Organisation soll also das
natürliche Recht des Arbeiters, den Preis für seine von
ihm verkaufte Ware Arbeitskraft zu bestimmen, wieder
einsetzen, das ihm durch die Macht des Kapitals entziffen
worden war, das er so einzurichten gewußt hat, daß der
Arbeiter immer mehr die Möglichkeit verlor, den Preis
für seine Arbeitskraft oder den Lohn für seine Arbeit zu
bestimmen.

Der Arbeiter hat diese Verfügungsmöglichkeit niemals
verloren, wenn die Arbeitskraft nicht mit seiner Person
verknüpft wäre, die, unbekümmert um die Lage des Ar-
beitsmarktes, ihre Bedürfnisse geltend macht. Die Ware
Arbeitskraft ist nicht von der Person ihres Besitzers zu
trennen, sie kann daher nicht vom Besitzer von dem Markte
zurückgehalten werden, um die Nachfrage nach Arbeits-
kraft zu erhöhen und den Preis der Arbeitskraft dadurch
steigen zu machen, wie es z. B. die Baumwollspekulanten
mit der Baumwolle machen, um deren Marktpreis zu
steigern. Zwar kann der Arbeiter vom Arbeitsmarkt fern
bleiben und damit seine Arbeitskraft von diesem zurück-
halten, doch setzt er sich damit der Gefahr aus, seine per-
sönlichen Bedürfnisse unbefriedigt lassen zu müssen, d. h.
unter Umständen zu verhungern. Um dies zu verhindern,
verkauft er seine Arbeitskraft zum Teil unter dem Preise,
den er für dieselbe für angemessen hält, muß aber, will er
seine Bedürfnisse als Konsument befriedigen, vielleicht für
die mittels seiner Arbeitskraft erzeugte Ware genau eben-
soviel zahlen, wie wenn er seine Arbeitskraft hätte teurer
verkauft können. Das kommt dem Käufer der Arbeits-
kraft, dem industriellen Unternehmer, zugute. Das soll
durch die Gewerkschaft möglichst verhindert werden.
Sie kann das auch nur durch zeitweilige Zurückhaltung
der Arbeitskraft vom Markte bewirken, aber mit mehr
Erfolg als der einzelne Arbeiter; sie organisiert erstens
eine Massenzurückhaltung der Arbeitskraft vom Arbeits-
markt und bestimmt zweitens deren Dauer. Zwar kann
auch sie nicht die Arbeitskraft von ihrem Besitzer trennen,
aber sie sucht die Bedürfnisse der Besitzer der Arbeitskraft
zeitweilig auf andere Weise als durch Arbeit oder Verkauf

von Arbeitskraft zu befriedigen: durch Unterstützung der
ihre Arbeitskraft vom Arbeitsmarkt fernhaltenden Ar-
beiter, wodurch diese in die Lage kommen, eine Zeitlang
ohne zu arbeiten, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

Das ist natürlich für das Unternehmertum sehr unan-
genehm. Wird es doch in seinem Ringen nach einer
immer höheren Profitrate dadurch empfindlich gestört.
Es schließt sich nun gleichfalls zusammen, um die Wirkung
der Massenaktion der Arbeiter durch eine ebenso mächtige
Gegenwirkung abzumildern. Wenn die Arbeiter die
Ware Arbeitskraft vom Warenmarkt zurückhalten, hält
das Unternehmertum mit dem Kauf von Arbeitskraft
zurück; wo Dienste verweigert werden, verweigert es die
Annahme von Diensten: Streiks beantwortet es mit Aus-
sperrungen. Das ist der Kampf um den Preis der Ar-
beitskraft in höchster Potenz: die Unternehmer suchen die
Arbeitskraft so billig wie möglich zu erwerben und die
durch Anwendung von Arbeitskraft hervorgebrachten Pro-
dukte so teuer wie möglich loszuschlagen, die Arbeiter
suchen ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich zu veräußern,
als Konsumenten aber so sehr wie nur möglich den Preis zu
drücken. Die Arbeiter suchen die Profitrate zu verringern,
die Unternehmer, sie zu erhöhen. Es ist ein Ringen um
das Wohlleben, wenn auch verschiedener Grade: die
Unternehmer suchen eine immer höhere Stufe des Wohl-
lebens zu erklimmen, die Arbeiter, sie daran zu hindern;
die Arbeiter suchen gleichfalls eine höhere soziale Stufe
erklimmen, die Unternehmer, sie daran zu hindern.

Auf welcher Seite das größere Maß von Berechtigung,
diesen Kampf zu führen, ist, liegt klar zutage: die Unter-
nehmer stehen sozial schon höher als die Arbeiter, ohne
sozial mehr als diese zu leisten, denn auch sie weihen der
Gesellschaft im besten Fall nur ihre Arbeitskraft, im
schlechtesten Fall liegen sie, wie die am Produktionsprozeß
ganz unbeteiligten Dividenden schluckenden Aktionäre, nur
der Gesellschaft als müßige Drohnen zur Last. Die Ar-
beiter wenden auch ihre ganze Arbeitskraft — manchmal
sogar noch viel mehr als sie zu erzeigen imstande sind —
an die Gesellschaft und verlangen nicht, daß die Drohnen
ihrer Klasse mit erhalten werden sollen. Sie sind also be-
rechtigt, einen immer höheren Anteil vom Arbeitsertrage
zu verlangen, nicht nur, weil sie zu ihrem Teil zur Ver-
mehrung der Produktion beitragen, sondern auch, weil
alles menschliche Wohlleben nur infolge Arbeit erst mög-
lich wird. Es ist nicht einzusehen, weshalb sie nicht den
Kapitalprofit so weit zu reduzieren berechtigt sein sollten,
daß für den Unternehmer und den Gelddarleher nicht
mehr übrig bliebe, als der Lohnarbeiter an Lohn erhält.

Doch nicht die Gerechtigkeit entscheidet über Lohn- und
Profitrate, sondern die Macht. Und diese liegt in der
Organisation. Mit der Stärkung dieser wächst jene, und
je mehr das der Fall ist, um so mehr wird sich die Gunst
des Kampfes um den Preis der Arbeitskraft auf die Seite
der Arbeiter neigen, bis diese schließlich imstande sein wer-
den, einen Gesellschaftszustand herbeizuführen, unter
dessen Herrschaft ein Kauf und Verkauf von menschlicher
Arbeitskraft überhaupt nicht mehr stattfinden wird, son-
dern jeder für seine der Gesellschaft geleisteten Dienste in
dem Maße entlohnt wird, wie es der jeweilige Stand der
Produktion und der Kultur erlaubt.

Die Geistlichkeit und die modernen Gewerkschaften.

Die Chemnitzer Konferenz, eine Vereinigung von eban-
gelischen Geistlichen und Laien Sachsens, hat auf ihrer
Jahresversammlung sich mit der Stellung der Kirche zur
modernen Gewerkschaftsbewegung befaßt. Die Konferenz
hat in einer Resolution ihre Freude darüber ausge-
sprochen, daß sich aus der Mitte der Arbeiterchaft die
christliche Gewerkschaftsbewegung im bewußten Gegensatz
zur Sozialdemokratie gebildet habe. Noch deutlicher als
aus dieser Kundgebung erhellt die den modernen Gewerks-
chaften feindliche Tendenz der Konferenz aus den zu dem
Thema gehaltenen Vorträgen. Regierungsrat Hübner-
Dresden sprach über die Gewerkschaftsbewegung in
Deutschland. Von einem Regierungsrat kann man natür-
lich kein vorurteilsfreies Verständnis der modernen Ge-
werkschaftsbewegung voraussetzen. In einer Konferenz
„sozialer“ Geistlichen und Laien aber sollte man doch auch
von einem solchen Manne ein etwas objektiveres Bild über
die moderne Gewerkschaftsbewegung erwarten dürfen, als
es da geboten wurde. Ganz richtig bezeichnete der Redner
die Gewerkschaftsbewegung als eine notwendige Folge der
wirtschaftlichen Entwicklung, „weil dem Industrialismus
die Fürsorge erst in zweiter oder letzter Linie nahe gehe.
Dies gebe dem Arbeiter ein Recht, durch den Zusammen-
schluß in Gewerkschaften seine Interessen zu wahren und
zu fördern.“ Eine Binsenwahrheit ist es, daß den Unter-
nehmern die Interessen ihrer Arbeiter gleichgültig sind.
Das ist aber ganz natürlich, weil die Interessen der Unter-
nehmer und der Arbeiter entgegengesetzte sind. Und des-
halb, nicht weil den Unternehmern die Fürsorge für die
Arbeiter erst in „weiter oder letzter“ Linie nahe geht, ist

die gewerkschaftliche Organisation eine ökonomische Notwendigkeit.

Weiter erklärte der Redner nach seiner Art, wie sich die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland ausgestaltet hat, und schilderte zunächst den Charakter und den Werdegang der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, die langsam, aber stetig bis 1905 auf 117 000 Mitglieder stiegen. Sodann folgte ein Gesamtbild der im Jahre 1868 von dem revolutionär gesinnten Schweizer gegründeten freien Gewerkschaften, welche zur Zeit des Halberstädter Gewerkschaftskongresses, 1890: 350 000 und nach den neuesten Zählungen weit mehr als 1 Million Mitglieder umfaßten. Einer weiteren Ausbreitung der freien Gewerkschaften unter Leitung und Führung der sozialdemokratischen Partei werde hoffentlich durch die christlichen Gewerkschaften wirksam entgegen gewirkt werden. Die Vorläufer dieser Gewerkschaften seien die katholischen und evangelischen Arbeitervereine gewesen. Die christlichen Gewerkschaften, die interkonfessionell und unpolitisch seien, wurden 1894 ins Leben gerufen und hatten am 1. April 1906 293 000 Mitglieder. Bei einer Vergleichung der drei Gewerkschaftsrichtungen stellte Redner fest, daß die freien Gewerkschaften nicht aufbauend, sondern zerstörend wirkten, denn sie seien zu eng mit der revolutionären Sozialdemokratie verbunden. Mit ihnen gebe es keinen Frieden, sie wollten selbst nur den Kampf und die Vernichtung der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften hätten mit nüchternen Wirken besonders im Rassenwesen hervorragende Beispiele aufgestellt. Es fehle ihnen jedoch der Idealismus. Im Gegensatz zu ihnen hätten die christlichen Gewerkschaften als höchstes Ideal die Ergebung zu Gott und die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Sittengesetze.

Dies die Auffassung eines Regierungsrats von der Gewerkschaftsbewegung! Wenn alle Gewerkschaften so ausfähen, wie die christlichen, wie sie sich der Regierungsrat wünscht, dann wären die Gewerkschaften völlig überflüssig, mit Gottergebung und Resignation kann kein Arbeiter seine soziale Lage verbessern. Er wird sie im Gegenteil immer mehr verschlechtern, denn zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Sittengesetze gehört in allererster Linie die demütige Unterordnung unter den Willen seines Ausbeuters, der sich erst in „zweiter oder letzter“ Linie die Fürsorge seiner Arbeiter nahegehen läßt.

Auf demselben Niveau wie der Herr Regierungsrat Sübner bewegte sich Pastor Jacobi-Leipzig in der Beantwortung der Frage, „ob sich die Kirche zur Gewerkschaftsbewegung zu stellen hat“, womit gesagt sein soll, ob die Kirche überhaupt zur Gewerkschaftsbewegung Stellung nehmen solle. Und diese Frage beantwortete der Herr Pastor mit einem glatten Ja! Die Kirche, führte sodann Pastor Jacobi aus, habe als solche nicht das Recht, die Linie der Gesetzgebung in sozialpolitischer Richtung zu bewegen. Sie solle vielmehr in ihrer Eigenschaft in erster Linie in den Kämpfen der Zeit ausgleichend und versöhnend wirken. Bei der Gewerkschaftsbewegung handle es sich für die Kirche nicht um Einleitung einer gesetzgeberischen Aktion, sondern um den Versuch, einer der wichtigsten Erscheinungen in unserem Volksleben in Theorie und Praxis gerecht zu werden. Bei der Besprechung der verschiedenen Gewerkschaftsarten verwarf Redner den sozialdemokratischen Charakter der freien Gewerkschaften, wies darauf hin, daß die christlichen Gewerkschaften über ein unfreundliches Verhalten der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften geklagt haben, und betonte unter dem Bekenntnis größter Sympathie für die christlichen Gewerkschaften, daß zwar auch bei ihnen Fehler gemacht worden seien, aber das sei menschlich. Die Beforgnisse, daß eine konfessionelle Gefahr in den christlichen Gewerkschaften liegt, würden durch die Tatsachen widerlegt. Eine Trennung der christlichen Gewerkschaften in evangelische und katholische Gewerkschaften sei eine gefährliche Sache, während ihr Bestehen in der gegenwärtigen Form ein Mittel sei zum modus vivendi zwischen Rom und Wittenberg. Gegen die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften bewahre die Kirche eine wohlwollende Neutralität. Vor den freien Gewerkschaften müsse die Kirche warnen; jedoch sei der einzelne Sozialdemokrat für die Kirche noch nicht die Sozialdemokratie.

In Sachsen fehle es noch an den wünschenswerten christlichen Gewerkschaften. Als wünschenswert müsse er es bezeichnen, daß die Pastoren die Gewerkschaftsbewegung studieren, denn dadurch würden Bedenken zerstört und Verständnis für die Arbeiter gelernt. In verständnisvoller Weise müßten die Geistlichen für die christlichen Gewerkschaften wirken, sich aber sehr vor einem agitatorischen und stürmischen Vorgehen hüten. Bei Gründung neuer christlicher Gewerkschaften müsse sehr besonnen vorgegangen werden; es handle sich vielmehr um die Schaffung einer Brücke zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Geistlichen dürfen aber in der Arbeiterorganisation nicht Führer, sondern nur Helfer sein. Von solcher Förderung der christlichen Gewerkschaften sei eine Eindämmung des sozialdemokratischen Terrorismus zu erwarten.

Der kurze Sinn der geistlichen Predigt ist also: Gegen die Sozialdemokratie! Und die christlichen Gewerkschaften sollen das Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sein. Im übrigen haben die christlichen Gewerkschaften wie die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in erster Linie die Harmonieduselei zu pflegen, was mit andern Worten dasselbe sagt, wie die Sübnerische These, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung das höchste Ideal der Arbeiter in seiner Ergebung zu Gott und seiner Anknüpfung an erblickt hat. Mit solchen Illusionen kann nur ein „sozialer“ Geistlicher die moderne Gewerkschaftsbewegung zu bekämpfen unternehmen. Die kapitalistische Ausbeutung kennt keine Rücksicht auf die Interessen der Ausbeuteten und darf keine kennen. Wollen die Arbeiter ihre soziale Lage verbessern, so müssen sie sich organisieren, um Verbesserungen zu erkämpfen. Wie daher die Gewerkschaftsbewegung eine Notwendigkeit ist, so ist auch das Wachstum und die Ausbreitung der freien Gewerkschaften eine Notwendigkeit. In dem Maße aber, wie sich die freien Gewerkschaften entwickeln und erstarken, werden die christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften an Bedeutung einbüßen — trotz der „sozialen“ Pfaffen!

Ein 25jähriges Jubiläum.

Die Firma Schilling beging die fünfundsundzwanzigjährige Feier ihres Bestehens. Und warum nicht auch? Meister Schilling hatte alle Ursache, diesen Akt festlich zu begehen. Hat er sich nicht in dieser kurzen Spanne Zeit von einem einfachen Steinmetzpolier zum Kgl. Hoflieferanten, zum Besitzer eines der größten Steinmetzgeschäfte empor „gearbeitet“? Werkplätze, mit den modernsten technischen Anlagen, in verschiedenen Gegenden Deutschlands, sind heute sein eigen. Die Anlagen seines hiesigen Betriebes sind direkt vorbildlich für sämtliche Berliner Steinmetzbetriebe und derartig modern, daß nicht einmal der sonst in den Fabriken übliche Portier fehlt, der zur festgesetzten Stunde die Tür schließt und dadurch jedem nur wenige Minuten zu spät kommenden den Einlaß zum Werkplatz verwehrt. Leider fehlen nur noch die Kontrollmarken. Vielleicht werden auch die in absehbarer Zeit eingeführt. Herr Schilling kann sich seiner Erfolge nach jeder Richtung hin freuen. Er hat durch besondere Geschäftsroutine und außerordentlich vorteilhafte Ausnutzung der Arbeitskraft der in seinen Betrieben beschäftigten Arbeiter auf diesem Gebiete Erfolge errungen, die auf jeden Fall über das Durchschnittsmaß mittelmäßiger Geschäftsmänner hinausgehen. Er ist heute noch sehr züchtig und stets auf dem Posten; er hat wohl genug saure Wochen erlebt, warum soll er auch nicht frohe Feste feiern. Sie sind sein gutes Recht. Nur dürfen sich Arbeiter heute, zur Zeit der traffesten Klassengegenstände, zu solchen Gelegenheitsfesten nicht als Folie benutzen lassen oder gar durch Ueberreichung eines Jubiläumsgeschenks dem Unternehmer ihre vollste Zufriedenheit, das beste Einvernehmen vorkaufeln.

Dies scheint aber bei einem großen Teil der Schilling'schen Arbeiter nicht der Fall zu sein. Vom technischen Personal dieser Firma ging nämlich der Gedanke aus, Herrn Schilling zu seinem fünfundsundzwanzigjährigen Geschäftsjubiläum durch ein Geschenk zu ehren. Werkmeister Röder berief aus diesem Anlaß eines Tages die Kollegen zum Vordenrecht und legte es ihnen nahe, Geld zu diesem Festgeschenk mit beizusteuern. Die Anregung des Herrn Röder ist auch von den Kollegen, wie es scheint, beifällig aufgenommen worden, denn einer von ihnen machte den Vorschlag, der auch akzeptiert wurde, Geldspenden unter einer Mark nicht anzunehmen. Das Geschenk dürfte auch gar nicht so unansehnlich ausfallen, denn es soll vor der Uebergabe zur Verbundierung zur Schau ausgestellt werden. Meister Schilling werde sich dann gewiß am bewußten Tage über die Aufmerksamkeit seiner Leute freuen, ihnen vielleicht den üblichen Festchmaus nicht vorenthalten, bei dieser Gelegenheit seine vorteilhaftesten Seiten herauskehren, dem oder jenen Bevorzugten kameradschaftlich die Hand schütteln und der großen Mehrzahl der weniger Bevorzugten wenigstens die Sonne seines freundlichen Lächelns leuchten lassen. Die Kollegen würden dann auf einige Stunden vergessen, wieviel hundertmal Meister Schilling persönlich sie mit den gewöhnlichsten Schimpfworten in der ausgiebigsten Weise bedacht hatte. Sie würden vergessen, wie oft er in seinen äußerst lebhaften Temperamentsausbrüchen diesem oder jenem Kollegen gedroht, vom Bau zu jagen, und zwar in einem Tone und in einer Form, daß sogar unbeteiligte, der Firma gänzlich fernstehende Arbeiter daran Anstoß nahmen. Sie würden vergessen, wie wohlwollend Meister Schilling seinen Arbeitern schon im Sommer unfreiwillige Ferien gibt, indem er sie tagelang, angeblich wegen Arbeitsmangels, aussetzen läßt, während die Arbeitsteilung sich in einem solchen Betriebe, wie der Schilling'sche ist, derartig regeln ließe, daß die Leute wenigstens die paar Sommermonate ununterbrochen schaffen könnten, im Winter verbieten schon sowieso Frost und sonstige ungünstige Witterungsverhältnisse die Arbeit. Wie oft kommt es vor, daß dem Arbeiter nach jahrzehntelanger pflichttreuer Tätigkeit statt der wohlverdienten Anerkennung die Entlassung zuteil wird.

Wir verkennen nicht, die Schilling'schen Betriebe haben einen mächtigen Umfang angenommen, aber hat es nur ein Arbeiter während den 25 Jahren ebenfalls zu einem solchen Reichtum wie Schilling bringen können? Gewiß sind etliche Steinmetzen, die sich „besondere“ Verdienste für die Firma erworben, heute Angestellte, aber mit dem weiteren Vorkommen ist es ziemlich vorbei. Mag Herr Schilling die Festgabe der Arbeiter erfreut haben, aber als Ausdruck der innern Ueberzeugung aller Beschäftigten ist die „freiwillige“ Gabe nicht anzusehen.

2. Jahresbericht des 11. Gaues.

Vorort Würzburg.

Der Bericht, den ich an dieser Stelle über meine Tätigkeit zu erstatten habe, unterscheidet sich wesentlich von dem des Vorjahres.

Der bereits weit ausgedehnte Gau wurde durch Aufbüdung neuer Zahlstellen in Würtemberg und der Granitindustrie des bayerischen Waldes bedeutend vergrößert, wodurch die mündliche und schriftliche Arbeit sich vermehrte.

Während meine Hauptaufgabe im ersten Berichtsjahre darin bestand, das Bestehende im Innern zu festigen und neue Orte mit Tausenden von indifferenten Kollegen durch Aufklärungsarbeit zu erschließen, war das Jahr 1906 ein Jahr der Aufreißung durch Maßregelungen, umfangreiche Lohnbewegungen und Aussperrungen.

Wohl war es mir nicht möglich, alle gewonnenen Orte und Mitglieder zu halten und einer Fluktuation im Gau vollkommen Einhalt zu gebieten; jedoch kann ich bestätigen, daß ein großer Teil der Zahlstellen an innerer Festigkeit gewonnen hat, Disziplin und wachsende Selbständigkeit an den Tag legte, was für die zukünftige Entwicklung des Gaues von Bedeutung sein dürfte. Leider haben manche Zahlstellen äußerst statutenwidrig und kopflös losgewirtschaftet, Lohnbewegungen ohne jede vorherige Genehmigung inszeniert und dadurch Zahlstellen und Existenzen geschädigt und unangenehm gemacht.

Wie im Vorjahre, so auch dieses Jahr, haben christliche Gewerkschaftsführer und Geistliche alles aufgebieten, den Eingang der freien Gewerkschaftsbewegung zu verhindern, haben durch Abtreibung der Versammlungslokale, durch Verleumdungen und Beschimpfungen das Unglaublichste geleistet. Ja, die Geistlichen entweihten sogar Kanzel und Beichtstuhl, um uns den Boden streitig zu machen. In welchem Maße dies gesungen und wieviel Mühe in dieser Beziehung umsonst verwendet wurde, dürften diese Herren wohl am besten selbst einschätzen können.

Auch die Unternehmer gingen gegen unsern Verband äußerst rigoros vor, insbesondere waren es rachsüchtige, von Unberücksichtigung strotzende Werkführer und Poliere, welche den Schleißstein drehen und glaubten, durch ihre Kühnen „Saltomortale“ uns den Garaus zu machen. Ein Beweis dieser Bemühungen dürfte sein, daß mir nicht weniger als 27 Maßregelungen von Verwaltungspersonen gemeldet wurden, welche zum großen Teil auf das Konto letztgenannter Herren zu schreiben sind.

Dem Indifferentismus in bisher fernstehenden Orten ist nach wie vor schwer beizukommen, da uns in vielen Fällen kein Versammlungslokal zur Verfügung steht und unsere Gegner mit dem Schlagwort: Die Religion ist in Gefahr, eine Schacherpolitik treiben, die einem Handelsjuden alle Ehre machen würde.

Demselben Indifferentismus in bereits bestehenden Zahlstellen beizukommen, wird dem Gauleiter in vielen Fällen fast zur Unmöglichkeit, insbesondere in ländlichen Bruchdistrikten. Wird dort mit Mühe ein Teil der Kollegen für unsere Ideen gewonnen, so folgt die ganze Gemeinde, inkl. der noch fernstehenden

den Kollegen, für genügend Spott und Hohn, wodurch gegenseitiger Haß in unsere Reihen getragen wird. In dieser Beziehung dürfte in unsern eignen Reihen ebenfalls viel gesündigt werden, Mühe und Sachlichkeit muß stets am Platze sein.

Die Mitgliederbewegung zeigt zwar kein erfreuliches Resultat, jedoch besteht auch in Anbetracht der schlechten Geschäftskonjunktur im Kalkstein- und Sandsteingebiet kein besonderer Grund zur Klage. Verloren für den 11. Gau gingen im Berichtsjahre die Orte: Kaufmholz, Eisenbach, Heigenbrüden, Remmbach, Gailbach, Berg-Rothensfeld, Mürnerstadt mit insgesamt 248 Mitgliedern. Verschmolzen wurden die Orte: Zeil, Kirchbach und Ebelbach mit insgesamt 245 Mitgliedern zur Zahlstelle Ebelbach, welche zur Bedeutungslosigkeit von 28 Mitgliedern zusammengeschrumpft ist. Die Schuld trägt die Inszenierung des nichtfunktionierten Streiks der dortigen Ortsverwaltung, der vom Kollegen Starke am dritten Tage wieder aufgehoben wurde. Leider werden bei Streiks die Statuten wenig oder gar nicht beachtet.

Die Zahlstellen Remmbach, Gailbach, Berg-Rothensfeld haben sich angebellt wegen der am 1. Juli 1906 in Kraft tretenden erhöhten Beiträge und Heigenbrüden wegen Verlegung des Werkplatzes E. Wetter nach Wschaffenburg aufgelöst.

Ueberwiegen wurden dem 11. Gau die Orte Regensburg, Reihheim, Nauenstein und Nördlingen mit 124 Mitgliedern.

Neugegründet wurden die Orte Treuchtlingen, Roth a. Sand, Wauberg, Craißheim, Ebnstetten, Friedenhausen, Langensfeld, Metten, Wallbörn, Schopfloch und Ruhmannsfelden mit insgesamt 490 Mitgliedern.

Insbesondere zu beachten ist in nachstehender Tabelle die Zahl der Mitglieder von sozialdemokratischen Wahlvereinen und Lesern der Parteipresse, welche sich fast ausschließlich auf ländliche Kreise konzentrieren und den Mannheimer Parteitagbeschlüssen in jeder Beziehung rechtfertigt.

Nummer	Zahlstellen	Material	Beschäftigte				Organisiert im			
			Steinmetze	Polierer	Schleifer	Brecher, Rißer und Polierer	Steinarbeiter-Verband	Christlich-ökolog. Arbeiterverband	Sozialdemokr. Wahlverein	Leser der Parteipresse
1	Bamberg		90	—	—	90	19	—	—	19
2	Craißheim		24	4	2	9	39	10	—	4
3	Nördlingen		12	2	15	—	29	17	—	4
4	Nürnberg		100	—	12	6	118	90	?	20
5	Regensburg		78	—	17	—	95	79	—	4
6	Würzburg		180	—	6	15	151	111	—	14
7	Schopfloch		—	—	—	—	—	30	—	18
8	Treuchtlingen		38	—	11	23	72	26	—	6
9	Ebelbach		400	—	13	250	673	28	30	—
10	Rühberg		25	—	—	10	35	14	9	—
11	Langensfeld		11	—	—	—	11	18	—	3
12	Neuenstein		10	—	—	20	30	10	—	8
13	Stadtprozelten		42	—	—	5	47	32	—	—
14	Dorfprozelten		60	—	—	—	60	10	18	—
15	Reiffenhausen		78	—	—	5	83	38	34	10
16	Kleinheubach		32	—	4	—	36	32	—	—
17	Amorbach		20	—	—	—	20	18	—	7
18	Trennfurt		39	—	—	—	39	18	—	—
19	Faulbach		110	—	—	—	110	82	—	—
20	Fechenbach		91	—	—	5	96	47	23	31
21	Milttenberg		44	3	1	50	98	30	—	6
22	Monfeld		40	—	—	12	52	20	17	—
23	Siedmauern		—	—	—	—	—	59	—	10
24	Gerolshofen		5	—	—	—	5	5	—	—
25	Wallbörn		68	—	—	15	73	46	20	—
26	Reihheim		16	—	—	35	51	18	—	4
27	Heimburg		52	3	—	60	115	38	—	30
28	Randersacker		89	—	—	11	100	47	—	20
29	Ochsenfurt		31	—	—	14	45	19	—	1
30	Kirchheim		55	—	—	35	90	52	2	15
31	Heidingsfeld		22	—	—	10	32	22	—	14
32	Hartheim		23	—	—	21	44	15	7	—
33	Gohmannsdorf		20	—	—	—	20	18	—	10
34	Grünsfeld		27	—	—	50	77	27	—	—
35	Friedenhausen		55	12	—	20	87	9	—	—
36	Eibelstadt		25	1	—	10	36	16	—	—
37	Marktbrunn		21	3	—	13	37	25	—	23
38	Ruhmannsfeld		40	60	—	100	200	41	—	25
39	Metten		135	—	—	32	167	153	7	—
40	Ebnstetten		66	—	—	20	86	66	—	—
41	Wauberg		40	25	—	23	88	75	7	—
42	Wertheim		65	—	—	20	85	16	—	—
43	Wschaffenburg		?	?	?	?	?	?	?	?
44	Roth a. S.		?	?	?	?	?	16	—	?

2129 113 91 899 3232 1472 174 287 225

Vergleichen wir diese Zahlen mit denen des Berichtsjahres vom Vorjahre, so sehen wir ein Weniger von 198 Mitglieder am Jahreschlusse 1906; dabei darf aber wohl erwogen werden, daß am Jahreschlusse 1905 in 39 Zahlstellen 3383 Kollegen beschäftigt waren, während am Jahreschlusse 1906 in 44 Zahlstellen nur 3232 Kollegen in Arbeit standen. Als sehr erfreulich kann hier konstatiert werden, daß in oben genannten 44 Orten nur „174 christlich organisierte“ Steinarbeiter vorhanden sind, denen allein 287 politisch organisierte und 225 Leser der sozialdemokratischen Parteipresse gegenüberstehen.

Gestorben sind 1906 in obigen Zahlstellen 24 Sandsteinarbeiter, 5 Granitarbeiter, 8 Kalksteinarbeiter, 6 Arbeiter, die verschiedene Steine bearbeiten. Von diesen 43 Kollegen sind 2 durch Unglücksfälle, 3 durch Krankheit und 38 durch Lungen- und Kehlkopfwindstöße verschieden. Ganz abgesehen von den Sandsteinarbeitern, ist wohl erwähnenswert, daß 3 Granitarbeiter noch keine 35 Jahre, 1 Granitarbeiter 49 Jahre, 1 Granitarbeiter 63 Jahre, 7 Kalksteinarbeiter noch keine 35 Jahre, 1 Kalksteinarbeiter 65 Jahre, 5 Steinmetzen verschiedener Materiale noch keine 35 Jahre, 1 Steinmetz verschiedener Materiale noch keine 37 Jahre alt“ wurde. Diese Zahlen beweisen wohl recht deutlich die Notwendigkeit und bessere Durchführung der Bundesratsverordnung, zum Schutze „aller Steinarbeiter“.

Ein ganz besonders erschreckendes Bild geben uns die Zahlen über den Witwen- und Waisenstand in den Orten des unteren Raingebietes im Verhältnis zur Bevölkerung überhaupt und den dort beschäftigten Steinarbeitern.

Orte	Einwohner überhaupt	dabon Steinarbtr.	Witwen überhaupt	dabon Witwen u. Steinarbeiter	mit Waisen unter 14 Jahren
Trennfurt	1220	39	33	13	30
Siedmauern	900	?	35	14	4
Mümmlingen	1825	20	34	12	?
Heigenbrüden	900	46	42	16	22
Remmbach	518	40	26	16	24
Rühberg	850	25	36	16	7
Borthal	650	?	20	12	?
Manfeld	500	40	25	10	29
Dorfprozelten	1800	60	80—85	32	46
Faulbach	1126	110	67	33	70
Fechenbach	850	91	68	47	?
Berg-Rothensfeld	569	41	48	38	57
Reiffenhausen	800	78	45	27	15

So tieftraurig diese Zahlen sind, so tieftraurig ist es auch für die, welche jahrzehntelang solchem Elend ins Auge gefaßt

klatten, ohne die Urheber zur Verantwortung zu ziehen, ja sich sogar erdreisten, der Bewegung der freien Gewerkschaften entgegenzuarbeiten, welche nun schon mehr als 40 Jahre daran arbeitet, um die soziale Lage der Arbeiter zu heben.

Die Bundesratsverordnung vom 20. März 1902 wird im ganzen Gau von den Arbeitgebern fast ausschließlich „nicht“ beachtet, weshalb ich allein 62 Anzeigen bei den Kgl. Gewerbeinspektoren erstatten mußte, und in fast allen Fällen die Nichtigkeit der Meldung bestätigt wurde. In einem Fall der Anzeige wurde ein Arbeitgeber wegen Vergehens wider das Sprengstoffgesetz mit drei Monaten Gefängnis bestraft. In andern Fällen wurden die Herren Arbeitgeber nach dem Jahresbericht der Kgl. Gewerbeinspektoren zu 3 bis 10 Mark bestraft. Daß dies keine Strafen sind, um den gesetzlichen Bestimmungen Nachdruck zu verleihen, dürften am besten die Ausführungen des unterkärntnerischen Gewerbeinspektors im Jahresbericht 1905 beweisen, in welchem es unter anderm heißt: „Die Mehrzahl der Beanstandungen gegen das Vorjahr ist namentlich durch die in den Steinbrüchen und Steinhauerien auf Grund der Bekanntmachung vom 20. März 1902 immer wieder notwendig werdenden Anordnungen zurückzuführen.“ Insbesondere lassen Arbeits- und Frühstücksstunden sehr zu wünschen übrig. Letztere sind in den seltensten Fällen in vorgeschriebenem Zustande, wenn sie überhaupt nicht ganz und gar fehlen. In Ederstetten habe ich im vergangenen Herbst sogar einen Frühstücksraum vorgefunden, der zugleich für den „Ziegenbock“ des Hofiers als Stall diente. Trotz solcher Vorkommnisse magt man sich, unsre Berichte als übertrieben und unwahr hinzustellen.

Lohnbewegungen waren im Berichtsjahre 11. In 6 Fällen wurde ich nicht vorgeschrieben unterrichtet und stets vor eine vollzogene Tatsache gestellt. Sechs dieser Lohnbewegungen sind mit ganzem oder teilweisem Erfolg erledigt; 5, darunter der 17 wöchige Kampf der Kalksteinarbeiter und die 13 wöchige Aussperrung der Bauhandwerker in Nürnberg, sind resultatlos verlaufen.

Berkplatz- und Ortssperren waren 13, bei welchen ich ebenfalls in 9 Fällen erst nach Verhängung der Sperre unterrichtet wurde. Nur 5 von diesen Sperren waren von Erfolg, während 8 im Sande verlaufen sind. Ich muß an dieser Stelle dringend bitten, in Zukunft nichts zu unternehmen, bevor nicht die Gauleitung zu Rate gezogen ist.

Vor allem aber sei hier erwähnt, daß ein Kartellvertrag mit den Maurern und Steinwerkern (Nürnberg), soweit sie nicht unserm Verbands angegliedert sind, für die Zukunft unermesslich ist, wollen wir uns nicht gegenseitig selbst schädigen. Insbesondere sei aber hier ein Fall erwähnt, der beachtenswert ist. Durch die Aussperrung der Maurer und Steinhauer in Nürnberg am 16. Juli 1906 wurde ein Teil unserer Kollegen mit betroffen; 90 Prozent der dortigen Steinmeßen (Kunsterpuder) sind dem Maurerverbande angeschlossen. In den Steinbrüchen, die 1½ Stunden von Nürnberg entfernt liegen und für die Bauten in Nürnberg fast ausschließlich das Material liefern, waren die Steinbrecher, 120 an der Zahl, unserm Verbands angeschlossen. Nachdem nun die Bauarbeiteraussperrung einige Wochen dauerte, kauften sich das vorräthige Material und es wurde nun der größte Teil der Steinbrecher entlassen. Wollten sie als organisierte Arbeiter nicht zu Streikbrechern werden, mußten sie die Waupläge von Nürnberg und Umgebung meiden. Die Familien usw. waren durch die schon 4 Wochen früher ausgebrochene Aussperrung schon vollkommen überfüllt, wodurch unsere Kollegen 10 und 15 Wochen arbeitslos wurden, ohne irgendeine Unterstützung zu erhalten. Die Folge dieser Taktik war der Verlust dieser Zahlstelle für unsern Verband.

Was die Platzsperren anbelangt, bin ich der Ueberszeugung, daß vor Verhängung einer solchen alles in Erwägung gezogen werden muß, wollen wir nicht, daß diese Waffe im wirtschaftlichen Kampfe vollkommen abgestumpft wird.

Der Mischelstahlstreit brachte dem Verbands nicht nur große finanzielle Opfer, sondern etliche Kollegen mußten auch, weil sie die zuwandernden Streikbrecher abziehen wollten, sehr hohe Gefängnisstrafen wegen Landfriedensbruchs verbüßen. Die Gesamtstrafe beläuft sich auf sechs Jahre drei Monate. Viele Freisprechungen und Herabminderungen der Strafen wurden durch Berufungsinstanzen und Zubilligung des Reichsgerichts außerdem noch in etlichen Fällen erwirkt.

Der Weisfische Dank hat an vielen Orten meines Gaues feste Wurzeln gefaßt; im Kalksteingebiet war die Feier eine einmütige und demonstrative, wie sie wohl im ganzen Gebiet noch nicht gesehen wurde.

Die Versammlungen, insbesondere die Distriktsversammlungen waren meist sehr gut besucht. Versammlungen mit Vorträgen, bei denen fast ausschließlich ich anwesend war, tagten 122; Distriktsversammlung 7; Besprechungen 11; Sitzungen mit der Gaukommission 8; Sitzungen mit den Streikkommissionen 13; Distriktskonferenzen tagten 5; eine Gaukonferenz tagte am 6. und 7. Januar 1906. Versammlungen mit italienischen Referenten fanden 2 statt. Zu Unterhandlungen mit den Arbeitgebern wurde ich 27 mal gerufen. Außerdem wurde ich gerufen zu zwei Sitzungen mit den Bauhandwerkern in Nürnberg, zu einer Konferenz der Gauleiter von Bayern nach Nürnberg und zu einer Verbandsausschussung nach Leipzig.

Die Revision der Bücher und der Kassen in den Zahlstellen überzeugte mich von dem großen Leichtsinne und großer Unkenntnis und Unfähigkeit einzelner Kassierer. Die Revisionen dürften wohl zu den heikelsten Arbeiten mit gehören.

Unsre Gaukonferenzbeschlüsse über die Einführung von Kontrollkarten und einer Gausteuer bewährten sich gut. Die Kontrollkarten im ganzen Gau ermöglichten eine eingehende Kontrolle zu jeder Zeit über die Beitragsleistung und dienen, da die Bücher stets in Händen der Kassierer sind, jedem einzelnen als Quittung für seine geleisteten Beiträge. Durch die Gausteuer ist eine Regelung geschaffen, „daß zu den Gaukonferenzen auf je 50 Mitglieder ein Delegierter entfällt“. Die Delegationskosten trägt die Gaukasse.

Ferner konnten an sämtliche Zahlstellen des Gaues die Agitationschriften: Lebensmittelpreise und indirekte Steuern, Die Kirche im Dienste des Unternehmertums, Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat, Christentum und Sozialismus und Der Wochentag unentgeltlich zur Verteilung gelangen, und steht eine weitere Verteilung anderer Schriften bevor. Außerdem dienten 1200 Agitationsnummern unsres Fachblattes und 2700 Flugblätter durch ihre Verbreitung in allen mir bekannten Orten zur Aufklärung.

Die Korrespondenz belief sich auf insgesamt 3881 Ein- und Ausgänge. Eingänge sind: 663 Briefe, 410 Postkarten, 44 Telegramme, 114 Geldsendungen, 67 Druckfachen und 73 Pakete. Abgegangen sind: 856 Briefe, 504 Postkarten, 62 Telegramme, 17 Geldsendungen, 933 Druckfachen und 38 Pakete.

Rassenbestand am 31. Dezember 1905	167.21 Mt.
Einnahmen I. Quartal 06	1000.—
II. „ 06	1300.—
III. „ 06	1000.—
IV. „ 06	1000.—
Gesamt-Einnahmen	4467.21 Mt.
Ausgaben I. Quartal 06	1019.73 Mt.
II. „ 06	1204.88
III. „ 06	1084.12
IV. „ 06	924.49
Rassenbestand am 31. Dezember 1906	234.54

Revidiert und richtig befunden:
Karl Gollas, Anton Pfister, Revisoren.

Am Inventar ist vorhanden: 1 Schreibtisch mit Aufsatz; 1 Regal für Bücher und Schriften; 1 Schreibergraph mit Zubehör; 1 Aftenmappe; 1 Papierkorb; 2 Stempel mit Rissen; 1 Schreibmappe; 1 Karte von Unterfranken; 1 Karte von Bayern; 1 Lintensaß mit Ständer; 1 Kaffeebuch; 1 Ratgeber für Arbeiter; 1 Geschichte der Organisation; 1 Arbeiterrecht von Stadthagen; 1 Buch: Der Generalstreik und die Sozialdemokratie von Rautsky; 1 Buch: Die deutschen Gewerkschaften; 1 Buch: Kultur und Arbeit von R. Frohne; 1 Gewerbeordnung; 1 Kranken-, 1 Unfall-, 1 Strafgesetz-, 1 Gewerbeverordnungs- und ein Bürgerliches Gesetzbuch.

Mit diesen Angaben ist mein Bericht erschöpft und wäre das wichtigste, was ich zu berichten habe, gegeben. Es war ein Jahr voll Arbeit, und dürfte mancher aus den Angaben sich klar werden, daß man nicht jedem Wunsche eines Einzelnen gerecht werden kann.

Durch gemeinsame Betätigung und tatkräftige Unterstützung nur aller meiner Kollegen werde ich imstande sein, das Ansehen des Verbandes zu wahren und denselben vorwärts zu bringen, weshalb ich an dieser Stelle alle Kollegen des 11. Gaues auf fordere, Hand ans Werk zu legen, um das werktätige Volk aus der wirtschaftlichen Entrechtung zu befreien. Ich schließe mit meinem Dank an alle diejenigen, die mich in der Ausführung meines Amtes unterstützten.

Job. Mittenmeier, Gauleiter.

Korrespondenzen.

Altenglan. Am 10. Februar fand in Altenglan unsere Generalversammlung statt. Unsre Zahlstelle wurde im Monat Mai 1906 gegründet. Der Jahresbericht von 1906 lautet: Einnahme 673.10 Mt., Ausgabe 597.65 Mt., bleibt Kassenbestand 75.45 Mt. Der Vorsitzende forderte die Anwesenden auf, kräftig mitzuarbeiten am Ausbau unsrer Organisation. Denn ein großes Arbeitsfeld liegt vor uns, wir dürfen nicht eher ruhen, bis der letzte Mann in unsrer Organisation ist. Hat doch die Pfälzische Eisenbahndirektion den Arbeitern in ihrem Steinbruchbetriebe eine kleine Lohnhöhung bewilligt, damit die Steinarbeiter ja nicht unserm Verband beitreten sollen. Aber dennoch verließen kürzlich etwa 50 Steinarbeiter diesen Musterbetrieb. Nicht allein, daß im allgemeinen die Arbeiter schlecht bezahlt werden, auch die Behandlung läßt viel zu wünschen übrig.

Berlin I. Am 10. Februar tagte im Englischen Garten eine Mitgliederversammlung, um zu der Antwort der Innung auf unsre Forderungen Stellung zu nehmen. Der Innungsausschuss erstattet Bericht über die mit der Innung stattgefundenen Verhandlungen. Zunächst verliest derselbe die, entgegen den Vorjahren, schriftlich eingegangene Antwort nebst Begründung. Aus derselben geht hervor, daß die Unternehmer gewillt sind, den Minimallohn von 80 auf 85 Pfg., jedoch nur für die Kollegen, die das 20. Lebensjahr überschritten, zu erhöhen, während für die jüngeren Kollegen der bisherige Lohnsatz von 80 Pfg. für ausreichend, ja sogar als zu hoch bezeichnet wird. Ferner will man in der Arbeitszeiteinteilung eine Aenderung, unter Beibehaltung der bisherigen Dauer der Arbeitszeit, zustehen, und zwar: Schluß der Arbeitszeit 5½ Uhr (bisher 6 Uhr). Zu allen übrigen Forderungen nehmen die Herren eine ablehnende Stellung ein. In einigen Punkten würde das „wohlwollende Entgegenkommen“ der Innung sogar empfindliche Verschlechterungen für uns bedeuten. Auf die mündlichen Erläuterungen und Begründungen seitens des Gesellenausschusses glaubten die Herren ihrerseits nicht eingehen zu brauchen, sondern verwiesen auf die schriftliche Begründung mit dem Bemerken, daß sie zu weitern Zugeständnissen nicht kompetent seien, da das Gebotene nicht nur Beschluß der Innung, sondern auch ein solcher der Arbeitgeber des Steinergewerbes Groß-Berlins sei. Nachdem die Vorlage der Unternehmer Punkt für Punkt eingehend diskutiert, wurde gegen wenige Stimmen beschlossen, das Angebot der Unternehmer unter der Bedingung, daß der Minimallohn einheitlich von 80 auf 85 Pfg., bei größerer Steigerung des Lohnsatzes der Maurer jedoch im gleichen Verhältnis zu dieser erhöht werden wird, anzunehmen. Desgleichen Schluß der Arbeitszeit um 5½ Uhr, mit dem Zusatz: Sonnabends, bei Fortfall der Vesperstunde, eine Stunde früher; an den Tagen vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten um 3 Uhr. Alle andern Punkte der Forderung der Unternehmer abzulehnen. Die Versammlung beauftragt den Gesellenausschuss, auf der Basis der aufgestellten Forderungen in weitere Verhandlungen mit den Innungsmeistern zu treten.

Bunzlau. Unsre Monatsversammlung, mäßig besucht, wurde am 8. Februar abgehalten. Die Abrechnung vom vierten Quartal 1906 wurde verlesen und für richtig befunden. Da der Kassierer, Kollege Bartsch, erkrankt ist, wurde bis zu seiner Wiederherstellung die Kassenführung dem Vorsitzenden K. Schulze übertragen. Zu der am 24. Februar in Schweidnitz stattfindenden Gaukonferenz wurde Kollege Jahrmart delegiert; bestimmte Anträge zur Konferenz wurden nicht gestellt, jedoch wurde dem Delegierten die Direkte mitgegeben, für die strikte Durchführung der Bundesratsverordnung einzutreten. Unserer Distriktskasse, die infolge der Lohnbewegung stark in Angriff genommen wurde, soll nach Versammlungsbeschluß ein Zuschuß von 20 Pfg. pro Mitglied gewährt werden. Ein Beitrag von 50 Mark zur Reichstagswahl für unsern Kreis, den der Vorstand seinerzeit eigenmächtig bewilligt hatte, wurde nachträglich von der Versammlung genehmigt. Es wurde noch zur Sprache gebracht, daß in den hiesigen Grabsteingeschäften in der Hauptsache vielfach die Arbeitszeit nicht eingehalten wurde, sowie daß der hier am Orte gültige Stundenlohn nicht gezahlt werde. Diese Sache soll nach Annahme des neuen Tarifs mit den Kleinmeistern geregelt werden.

Hamm. Unsre Versammlung am 17. Februar war von den Mitgliedern fast vollständig besucht. Den Kartellbericht gab der Vorsitzende Braun. Auch auf das Lesen der Arbeiterzeitung wurde hingewiesen. Sinaus mit der bürgerlichen Presse aus den Wohnungen, muß unsre Parole sein. Als Delegierter zur Gaukonferenz wurde Kollege Schotte gewählt. Auch wurde beschlossen, eine Kassette und zwei Stempel anzuschaffen. Unter Verschiedenes wurde noch ein Brief vom Gauleiter vorgelesen, welcher sich mit taktischen Fragen befaßt.

Löbau. Freitag, den 8. Februar, fand in der Tonhalle eine öffentliche gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Der Kassierer K. Fiedler gab die Jahresabrechnung bekannt, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Der Vorsitzende Loose gab einen Ueberblick über das verfloßene Jahr und konnte konstataren, daß sich die Schleier fast alle der Organisation angeschlossen haben. Die Mitgliederzahl hat sich verdoppelt, denn sie beträgt jetzt 158. Die Mitgliedszunahme hält an, und dieses ist mit Freuden zu begrüßen, denn nur durch eine festgeschlossene und starke Organisation ist es uns möglich, die von den Unternehmern von Löbau und Umgebung willkürliche Entlohnung zu beseitigen und dafür einen den Verhältnissen entsprechenden Lohnsatz zur Durchführung zu bringen. Auf Grund der verschiedenartigen Preis- und Stückerzeugung in der Grabsteinbranche der Zahlstellen Löbau und Oppach und um die dadurch von einigen Unternehmern in vollster Blüte betriebene Schmutzkonzurrenz zu bekämpfen, wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Konferenz dieser beiden Zahlstellen einzuberufen, um gemeinsam Mittel und Wege zu suchen, dieses beide Parteien schädigende System aus der Welt zu schaffen. Als Vorsitzender wurde K. Loose und als Kassierer K. Fiedler wiedergewählt, als Revisoren Kollege Schwebner, Hölzel und Kubitz, als Kartellbelegierte wurden Richter und Schwarz gewählt. Um den reisenden Kollegen etwas mehr zu bieten, wurde das Platzgeld auf 1 Mark erhöht,

und zwar Platz Reichenbach 25 Pfg. und Platz Lob-Löbau 75 Pfg. Nach einem Appell des Vorsitzenden zur Agitation, um die uns noch fernstehenden dem Verbands der Steinarbeiter Deutschlands zuzuführen, wurde die Versammlung geschlossen.

Steinwiesen. Hier wurde kürzlich eine Zahlstelle gegründet. Sofort traf die Firma Bläsel u. Weber ihre Gegenmaßnahmen. Etlichen Kollegen wurde die Wohnung gekündigt. Keine Rädelstümer und Heber sollen geduldet werden. Solange die Arbeiter sich gegenseitig bekämpfen, findet diese Selbstzerfleischung die vollste Zustimmung so manchen Unternehmers, wird bei den Arbeitern aber Einigkeit erzielt, dann werden sie als Heber hingestellt. Vorläufig ist jeder Zugang nach hier ferngehalten; es handelt sich um Granitsteinmeßen. Die Löhne sind sehr minimal. Die Schmiebeschärfe haben die Steinmeßen selbst zu tragen. Vielleicht kommen die Firmeneinhaber doch zur Einsicht, daß es besser ist, wenn den Arbeitern ihr Koalitionsrecht nicht angetastet wird.

Wolgast. In unserm am 7. Februar stattgefundenen Versammlung gab zunächst der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal bekannt. Ferner wurde, da die Herbergen hier miserabel sind, beschlossen, mit einem Wirte ein Abkommen zu treffen, nach dem jedem zugewiesenen Kollegen ein anständiges Nachtlager und womöglich warmes Abendbrot zu gewähren ist. Das diesjährige Stiftungsfest soll am 23. März in üblicher Weise im Vereinslokale gefeiert werden und sind Kollegen zu demselben freundlichst eingeladen. Einen sehr erfreulichen Fortschritt haben wir noch zu verzeichnen. Der alte Tarif ist von uns gekündigt und ein neuer für uns günstiger ohne Kampf errungen worden. Der Stundenlohn ist um 6 Pfg. erhöht und beträgt jetzt 46 resp. 48 Pfg. Aber auch vor allem ist die Arbeitszeit verkürzt und zwar auf 9½ Stunden; es ist dies eine Errungenschaft in hiesiger Gegend, die nicht zu verkennen ist. Möchten alle Unternehmer vernünftig mit sich unterhandeln lassen zu unserm und zu ihrem Besten.

Würzburg. Am Sonntag, den 3. Februar, tagte im Gasthaus zum Ochsen unsere Generalversammlung. Laut Jahresbericht unsres Vorsitzenden hatten wir im Berichtsjahre eine bedeutende Fluktuation zu verzeichnen. Dann gab unser Kassierer Kollege Sauter den Kassenbericht. Zu Mitgliedern der Gaukommission wurden die Kollegen Gollas und Sauter gewählt. Im Punkt Berichtes wurden die krassen Verhältnisse auf den hiesigen Werkplätzen erwähnt, die wir einer näheren Beleuchtung unterziehen wollen. So machten voriges Jahr die Unternehmer beim Streik Kellame, unsre Leute hätten pro Tag 7 Mark und noch mehr verdient. Dem können wir entgegenhalten, daß die Würzburger Steinarbeiter laut Statistik den horrenden Jahresverdienst von 800 Mark erzielten. Es werden mitunter hier auch Durchreisende eingestellt, währenddem man die Anfassigen am Hungertuche nagen läßt. Durch die schlechte Konjunktur fühlen sich die Unternehmer so recht als die Herren der Situation, was man den Arbeitern so zur Genüge fühlen läßt. Unsre Aufgabe muß es sein, zur gegebenen Zeit die richtige Antwort zu erteilen. Unser Gauleiter Mittenmeier richtete noch viele beherzigenswerte Worte an die Anwesenden. Leider bleiben diejenigen, die der Ermahnung am meisten bedürftig sind, in der Regel der Versammlung fern. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, dem Wahlverein beizutreten und die Parteipresse zu lesen, sowie in der Agitation sowohl in politischer wie gewerkschaftlicher Richtung nicht zu erlahmen, schloß der Vorsitzende die schlecht besuchte Versammlung.

Rundschau.

Sie schwindeln aus Gewohnheit. In der letzten Gewerkschaftsstimme (Nr. 7) stehen nicht weniger als sieben verschiedene Korrespondenzen, die sich in hämißch verlogener Weise mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften befassen. Dieses Blatt gibt an, „Arbeiterinteressen“ zu vertreten, in Wirklichkeit aber ist es auf eine Stufe zu stellen mit den bekannten Flugchriften des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die geistige Armut der Redaktion der Gewerkschaftsstimme kennzeichnet sich durch eine solche Schreibweise von selbst. Nur selten finden wir, daß im genannten Blatte der Kampf gegen das Unternehmertum geführt wird. Der Hauptzweck scheint der zu sein, die Koten zu „vermöbeln“, damit für die christlichen Brüder die Bahn zur Organisation frei wird.

Ungültiges Streikpostenstehenverbot. Der freisinnige Magistrat von Nürnberg erließ unter dem 25. August 1906 im Anschluß an die bekannten Vorfälle vom 23. und 24. August eine ortspolizeiliche Vorschrift, die das Verweilen von Fußgängern vor Bauten, Fabriken oder Werkstätten, sei es auch nur durch Auf- und Abgehen, verbietet. Auf Grund dieses offensichtlich gegen die reichsgerichtliche Koalitionsfreiheit verstoßenden und deshalb ungültigen Verbotes, Streikposten zu stehen, wurde eine Reihe Personen angeklagt und auch verurteilt. Zu den verurteilten Personen gehörte auch der Steinmeß Georg Link. Er war am 10. September mit seinem vierjährigen Kinde um einen Häuserblock herum spazieren gegangen. Darauf wurde er zur Anzeige gebracht, vom Schöffengericht Nürnberg wegen Uebertretung der ortspolizeilichen Vorschrift zu drei Tagen Haft verurteilt. Das Landgericht Nürnberg sprach den Angeklagten frei, da seine Behauptung, er sei lediglich spazieren gegangen, habe nicht an Streikpostenstehen gedacht und habe auch nicht die Arbeitswilligen veranlassen wollen, die Arbeit niederzulegen, durch die Beweisaufnahme nicht widerlegt werden konnte.

Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Revision zum Obersten Landesgerichte in München eingelegt. Er führte in seiner Begründung aus, die betreffende ortspolizeiliche Vorschrift verfolge lediglich straßenpolizeiliche Zwecke, es sei deshalb jedes, auch ein zufälliges Auf- und Abgehen vor Baustellen usw. strafbar; die Strafkammer fordere mit Unrecht ein in der ortspolizeilichen Vorschrift nicht enthaltene Tatbestandsmerkmal.

Der Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft am Obersten Landesgericht dagegen beantragte selbst, die Revision des Staatsanwalts zu verwerfen, da aus dem Inhalt der ortspolizeilichen Vorschrift nicht hervorgehe, daß es sich um eine Vorschrift von vorübergehender Dauer handle, andernfalls eine Vollziehbarkeitserklärung der Kreisregierung notwendig gewesen wäre. Selbst wenn die ortspolizeiliche Vorschrift Rechtsgültigkeit besäße, wäre das freisprechende Urteil der Strafkammer Nürnberg als zutreffend zu erachten, da an einem Neubau ein Verweilen nicht gefunden werden kann und die ortspolizeiliche Vorschrift eigentlich nur das Streikpostenstehen im Auge gehabt habe.

Der Generalstaatsanwalt stellte sich fast völlig auf den Standpunkt, den der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Süßheim in Nürnberg eingenommen hatte. Das Oberste Landesgericht in München verwarf dieser Tage die Revision gegen das freisprechende Urteil des Landgerichts. Die Begründung des Urteils schließt sich den Ausführun-

gen des Verteidigers und des Generalstaatsanwalts an. Damit ist auch durch das oberste bairische Gericht anerkannt, daß die vom freisinnigen Stadtmagistrat zu Nürnberg gegen das Streikpostenwesen erlassene Verordnung ungesetzlich und deshalb ungültig ist. Werden nunmehr die den zu Unrecht auf Grund der ungültigen Polizeiverordnung Verurteilten erwachsenen Kosten von den durch ihre antisoziale Stellung rühmlichst bekannten freisinnigen Vätern der Verordnung erstattet werden?

Wer ruiniert den Mittelstand? Diese Frage beantworten gewöhnlich sowohl diejenigen aus dem bürgerlichen Lager, die sich als „Mittelstand“ bezeichnen, als auch die, die diesen „Mittelständlern“ aus irgendeinem Grunde nach dem Munde reden, mit den Worten: „Die Sozialdemokratie.“ Wie es damit aber in Wirklichkeit aussieht, zeigt der Jahresbericht der Handelskammer in Ulm, worin folgende Stelle vorkommt:

„Wenn nun auch im allgemeinen der Geschäftsgang befriedigend genannt werden kann, so trifft dies nur zu hinsichtlich des Bedarfs an Handwerkerzeugnissen, nicht aber hinsichtlich des erzielten Gewinns. Wenn auch die Absatzverhältnisse im allgemeinen günstige waren, so traten verschiedene ungünstige Erscheinungen auf, welche den Verdienst des Handwerksmeisters schmälerten. Vor allem hat die Fleischnot dem Metzgergewerbe einen großen Schaden gebracht und manchem Meister den Betrieb eines selbständigen Geschäftes fast zur Unmöglichkeit gemacht. Die Verteuerung fast sämtlicher Lebensmittelpreise bedingte auch erhöhte Lohnansprüche der Arbeiterschaft. Ebenso stiegen im vergangenen Jahre fast durchweg bei allen Branchen die Preise der Rohprodukte und Halbfabrikate. Ein großer Teil der Lieferanten von solchen schloß sich zu Ringen und Syndikaten zusammen, denen der Handwerker einzelführend machtlos gegenübersteht. Andererseits war es aber nicht möglich, diesen Steigerungen gegenüber auch nur annähernd befriedigende Preise für die verschiedenen Handwerkerzeugnisse zu erzielen. So gingen zum Beispiel die Preise des Leders im letzten Jahre bedeutend in die Höhe und steigern sich bis heute noch immer in enormer Weise. Auch erfuhren Metalle, Luche, Wolle usw. ganz merkliche Steigerungen; auch die Holzpreise erreichten eine Höhe, die für manche Handwerksarten geradezu bedenklich wurde.“

Die Wirtschafts- und Zollpolitik der Regierung und der bürgerlichen Parteien, die sich als Mittelstandsretter aufspielen, ruiniert also den sogenannten Mittelstand.

350 000. Diese imposante Ziffer in der Auflage seines Organs erreicht zu haben, kann sich der Deutsche Metallarbeiter-Verein rühmen. In Nr. 7 der Metallarbeiter-Zeitung wird dies frohe Ereignis stolz und freudig angekündigt in folgendem Artikel:

Unsre Mitgliederzahl ist im Jahre 1904 um nicht ganz 40 000 gestiegen, 1905 vermehrte sie sich um mehr als 60 000 und 1906 stieg sie um circa 70 000. Die Auflageziffer der Metallarbeiterzeitung war bei Nr. 38 am 22. Dezember 1900: 100 000, bei Nr. 49 am 3. Dezember 1904: 200 000, bei Nr. 17 am 28. April 1906: 300 000. Von Jahr zu Jahr steigerte sich die Zunahme der Mitglieder, die Zeiträume zur Erreichung eines weiteren Hunderttausend der Auflage der Zeitung wurden kürzer. Werden wir nun in gleicher Weise fortzuschreiten vermögen? Die Vorbedingungen dazu sind in jeder Hinsicht vorhanden. Unser Rekrutierungsgebiet ist noch ein sehr großes. In Rheinland-Westfalen, im Saargebiet und in Schlesien sind noch weite Gebiete zu erobern und „urbar“ zu machen, dort ist für uns noch unendlich viel zu „kolonisieren“. Und auch im übrigen Deutschland ist noch so manche „Blaggenhiffung“ möglich. Die zurzeit noch herrschende günstige industrielle Konjunktur ist für unsre Absichten ebenfalls sehr förderlich. Wenn die Metallarbeiter von dieser Konjunktur auch möglichst großen Nutzen ziehen wollen, so müssen sie sich dem Deutschen Metallarbeiterverband anschließen. Denn je zahlreicher unsre organisierten Scharen werden, je einheitlicher sie vorgehen, je mehr finanzielle Mittel ihnen zur Verfügung stehen, desto größeren Erfolg werden ihre Bestrebungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben.

Kollegen, Metallarbeiter Deutschlands! Ernst ist die Zeit, denn unsre Gegner gehen mit finsternen Plänen schwanger. Nützen wir uns deshalb rechtzeitig, um den uns drohenden Gefahren energisch begegnen zu können. Wenn wir unsre Reihen immer weiter ausdehnen und sie dichter schließen, werden alle Anschläge der Feinde auf unsre Existenz und auf unsre Organisation wirkungslos abprallen. Unsre Parole bleibt deshalb wie bisher, so immerdar:

Vorwärts! Hoch der Deutsche Metallarbeiterverband!

Die Auflage des **Safenarbeiter** ist seit Neujahr von 36 000 auf 40 000 gestiegen. Dieser Erfolg ist äußerst bewundernswürdig zu nennen, denn der Safenarbeiterverband hat seine Agitation unter besonders schwierigen Umständen zu betreiben. Nebenbei sei bemerkt, daß der „Safenarbeiter“ vorzüglich redigiert wird.

Der **Benjamin des Reichstags** ist in dieser Session ein Sozialdemokrat, und zwar der Abgeordnete **Severing**, welcher erst 27½ Jahre zählt. Genosse Severing ist von Beruf Schlosser und zurzeit Angestellter des Metallarbeiterverbandes in Bielefeld. Die Tägliche Rundschau, ein reaktionäres bürgerliches Blatt, ist ob „dieser Vertretung“ höchst erbost. Sie jammert darüber, daß der Wahlkreis Bielefeld-Biedenbrück nicht „durch einen Mann von den Kenntnissen und den reichen Verdiensten des früheren Staatsministers, Erzellenz Möller“, sondern „durch einen 27jährigen Schlosser“ im Reichstag vertreten sein wird. Die Mehrzahl der Wähler hat aber leider zu erkennen gegeben, daß die „Kenntnisse“ und die „reichen Verdienste“ der reaktionären Erzellenz für sie ein sehr zweifelhaftes Ding sind und die Interessen der Bielefelder Bevölkerung sind zweifelsohne in den Händen des „Schlossers und Gewerkschaftlers“ Severing weit besser aufgehoben, als in denen der „Erzellenz“ Möller.

Der frühere Staatsminister Möller, der beim letzten Wahlkampf einem „gewöhnlichen“ Schlosser weichen mußte, will aber unbedingt ins Parlament und so figuriert dieser Herr schon wieder als „nationaler“ Kandidat in Mühlhausen in Thüringen, wo eine Nachwahl stattfindet.

S. Bei der systematischen Verfolgung organisierter Arbeiter in Streikangelegenheiten gibt es meist keine Untersuchung, sondern auf jede Denunziation folgt sofort ein Strafbefehl oder die Eröffnung des Hauptverfahrens. So ging es auch dem organisierten Maurer Franz Wagner in Augsburg. Er wurde denunziert, einen Streikbrecher mit Ersteinen bedroht zu haben. Bei der Verhandlung stellte sich heraus, daß der organisierte Maurer gar nichts getan hatte, daß dagegen der Streikbrecher

mit einer Mistgabel auf den Streikposten eingedrungen ist. Der zu Unrecht Angeklagte wurde freigesprochen und die durch die falsche Denunziation entstandenen Kosten der — Staatskasse auferlegt.

Die ganze Redaktion bestraft. Am letzten Montag standen gegen die Leipziger Volkszeitung nicht weniger als zwei Prozesse an; angeklagt waren vier Redakteure. Genosse Herre soll die Leipziger Justizbehörde beleidigt haben; es wurden ihm 5 Monate zuerkannt. Genosse Dr. Mehring erhielt wegen angeblicher Beleidigung des Dr. Liman von den Leipziger Neuesten Nachrichten 14 Tage Gefängnis. Genosse Seger wegen desselben Delikts 25 Tage und Genosse Kressin als dritter im Bunde 1 Monat Gefängnis. Damit ist aber die Strafliste der Volkszeitungsredakteure noch lange nicht erschöpft. Redakteur Genosse Feinig verbüßt momentan eine Gefängnisstrafe in der Höhe von 21 Monaten, Kressin sitzt ebenfalls eine Strafe von 6 Monaten ab und Seger hat in den nächsten Tagen ebenfalls eine 7 monatige Strafe anzutreten.

Wie Figura zeigt, kann sich die Leipziger Volkszeitung vor Prozessen kaum mehr retten.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Berlin II. Alle diejenigen Kollegen, welche am 1. April ziehen, müssen ihre alte und neue Adresse bis spätestens den 1. März an mich abgeben haben; desgleichen auch die Kollegen, welche neu eingetreten oder zugereist sind. Diejenigen, welche ihre Adresse angeben, aber den „Steinarbeiter“ nicht erhalten, müssen dieses besonders vermerken.

Chr. Döngemach, Vors., Föhler Str. 10, IV.

Chemnitz. Alle durchreisenden Kollegen haben sich vor dem Aufbruch der Wertpapiere an den Kassierer Sauer, Werkplatz Morgenstern, Bernsdorfer Str. 42a, nach Peterabend Hainstr. 57, I, zu melden.

Oskar Wunderlich, Vorsitzender.

Ebersbach. Das Mitgliedsbuch des Kollegen Gustav Hesse (Nr. 6963) ist verloren gegangen.

Hannover. Zureisende Kollegen haben, bevor sie um Arbeit zusprechen, sich beim Vorsitzenden Ernst Volte, Kl. Düvelstr. 3b, zu melden.

Stettin. Alle Zureisende haben sich beim Kassierer Emil Bülf, Schwarze Straße 8, zu melden.

Adressen-Änderungen.

(In Städten und größeren Orten muß bei Adressenänderungen Straße und Hausnummer der Zahlstellenfunktionäre angegeben sein. Wo diese Angaben unterbleiben, kann auf eine Veröffentlichung der Adressen nicht gerechnet werden.)

Bensheim. Kass.: Herm. Bayer, Hintere Gasse 23.
Brück (neue Zahlstelle im 7. Gau). Vors.: Heinrich Kurz, Halktenbach bei Dieringhausen. Kass.: Eduard Kämper jun., Bornig bei Dieringhausen.

Ober-Weilau. Vors.: Paul Bauer, Sadebelschöb (Kreis Reichenbach). Kass.: Joseph Glahel, Bismarckstr. 26.

Posta. Vors.: Emil Lehner, Posta bei Copitz Nr. 20.

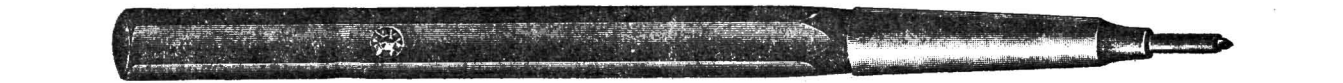
Hoof I. Vors.: Heinrich Becker, Breitenbach. Kass.: Bernhard Krug, Hoof.

Amorbach. Vors.: Theodor Baumann. Kass.: Johann Stähler.

Münster. Vors.: Ignaz Zöllner, Bergstr. 23.

Freidenhausen a. Main. Vors.: Georg Stüblein. Kass.: Johann Linz.

Anzeigen



Schreib-Diamanten unter Garantie

à 4.—, 5.—, 6.—, 7.—, 8.— Mk. Diamantwerkzeuge für alle Industriezwecke.

Friedrich Loeser, Karlsruhe i. Baden, Gerwigstrasse 35.

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jacketts, Hosen

Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.

Demnächst erscheint in meinem Verlage die Broschüre

**Das Härten
Glühen
Einsetzen
Schweißen
und Hartlöten.**

Das Buch wird gratis versandt und wollen Reflektanten ihre Adressen melden bei

Albert Baumann, Aue im Erzgeb.

Sobelbandstahl in vorzüglichster Qualität

Harde Steinbauerbleistifte
echt Rehbachsches Fabrikat

Steinhauerbesen mit und ohne Griff, aus bestem Material
empfiehlt zu billigsten Preisen

Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. S., Bernsdorfer Str. 32.

Dankbarkeit

veranlaßt mich, gern und kostenlos allen Lungen- und Halsleidenden mitzutheilen, wie mein Sohn, jetzt Lehrer, durch ein einfaches, billiges und erfolgreiches Naturprodukt von seinem langwierigen Leiden befreit wurde.
K. Baumgard, Gastwirt in Neudorf bei Karlsbad.

Schmied

für Granit-Steinmetz-Werkzeug sucht zum sofortigen Eintritt
Artur Eckart
Granitwerke Königsberg i. Pr.

Osterholz. Vors.: Heinrich Krämer, Stadthagen, Probsthäger Weg Nr. 7. Kass.: August Kefe, Waderfeld Nr. 8.
Braunschweig. Vors.: Wilhelm Hadel, Hoffstraße 46.
Hegensburg. Kass.: Michael Amman, Unterwörthstr. H. 288.
Glumtzein. Vors.: Theobald Haag. Kass.: Valentin Kobel.
Kaiserhammer. Vors.: Johann Fraas. Kass.: Joh. Franz.
Birkenau. Vors.: Joseph Ratin. Kass.: Johann Braun, Liebersbach.

Bosen. Vors.: Czeslaus Jalinetti, Zawade 28.
Hannover II. Kass.: Gustav Seibal, Fischerstraße 4, I.
Gunwalde (neue Zahlstelle im 3. Gau). Vors. und Kass.: August Mausch, Gunwalde 322.
Berlin I. Kass.: L. Hartmann, Schöneberg, Stegfriedstr. 6.
Bom I. April ab: Schöneberg, Gothenstr. 47, Quergeb., Hochpart.
Hochpeter. Vors.: Peter Niederberger, Münchhoffstraße. Kass.: Jakob Bauer, Hauptstraße.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 11. bis mit 16. Februar 1907.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosensmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)
Striegau, B. 1590.12; Steinwiesen, B. 3.50, E. 3.50; Würzburg, B. 27.60, Ers. 0.25, K. 6.90; Wiesbaden, B. 92.—, E. 1.50; Reifenhäusen, B. 42.—, K. 8.10; Höchst i. O., B. 156.18, E. 2.—, K. 19.60; Hardheim, K. 10.—; Göttingen, M. 2.—, K. 20.—; Duisburg, B. 46.—, E. 1.25, M. 2.50; Gunwalde, B. 16.80, E. 16.50; Bede, B. 125.02; Blaubeurg, B. 78.96, K. 20.—; Braunschweig, B. 32.20, E. 2.25, M. 0.30, K. 3.—; Rothenburg (Ob.), B. 3.40; Jtmterwalde, B. 7.70; Blomberg, B. 1.75; Stade, B. 4.70; Neustettin, B. 2.85; Würzburg, Ins. (M.) 1.—; Diepholz, B. 2.—; Jever, B. 4.80; Verne, B. 152.04, E. 5.—, K. 6.30; Berlin I, B. 690.—, K. 180.—; Regensburg, B. 42.—, E. 4.—, K. 10.—; Wenig-Rackwitz, B. 460.—, K. 20.—; Weisenstadt, B. 11.76, M. 1.—, K. 1.—; Radolfszell, B. 59.80; Kirchenlamitz, B. 190.—, E. 0.50, K. 10.40; Hohenau-Neudorf, B. 276.—, E. 2.—, M. 2.50, K. 10.—; Krefeld, B. 46.—, E. 10.—, K. 10.—; Rostock, Ins. (S.) 8.10; Schwarzenbach, B. 460.—, M. 0.30, K. 30.—; Straßburg, B. 460.—, E. 3.—, K. 50.—; Schaafheim, B. 1.10.

Ludwig Geißl, Kassierer.

Briefkasten.

Schmiedern. Die Karten verfallen nicht, auch brauchen Sie eine neue Kennzeit, um eine Rente zu erlangen, nicht mehr durchzumachen. Voraussetzung ist natürlich, daß Sie jetzt nicht mehr als ein Drittel des früher verdienten Lohnes erzielen. — **Höchst.** Der Bericht war nicht abgestempelt; die Unterschrift fehlte ebenfalls. Von einer Veröffentlichung nahmen wir deshalb Abstand. — **Langenjalza, M.** § 133 der Gewerbeordnung sagt: „Den Meisterstitel in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks dürfen nur Handwerker führen, wenn sie in ihrem Gewerbe die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen erworben und die Meisterprüfung bestanden haben.“ Wie Sie im weitläufigen Sinne die Frage stellen, ist eine präzisere Antwort unmöglich. Um den Titel „geprüfter Steinmetzmeister“, welcher zum Erlernen von Lehrlingen berechtigt, führen zu können, müssen Sie vor der zuständigen Handwerkskammer eine Prüfung ablegen. Ob der theoretische Teil der Prüfung ohne den Besuch einer Bauschule bestanden werden kann, ist sehr fraglich. Prinzipiell sind wir gegen den Befähigungsnachweis, die Gründe hierzu haben wir schon öfters im „Steinarbeiter“ klargestellt. — **St.** Es hat schon ein anderer Kollege in dieser Sache berichtet. Eine solche detaillierte Darstellung müßten wir auch, nebenbei bemerkt, ablehnen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

Alt-Warthau. An der Berufskrankheit starben die Kollegen **Peter Kozandeln** im Alter von 50 Jahren und **Karl Krauschke** im Alter von 47 Jahren.

Obendorf. Im Alter von 49 Jahren starb an der Berufskrankheit unser Kollege **Wilhelm Rotfahn**.

Königsutter. Am 16. Februar verunglückte tödlich beim Sprengen unser Kollege **Stanislaus Kapusta**. Er war 40 Jahre alt.

Sandau. Am 8. Februar starb an der Berufskrankheit unser Kollege **Philipp Reinfrank** im Alter von 35 Jahren.

Ludwigshafen. An der Schwindsucht starb unser Kollege **Karl Fünfer** im Alter von 31 Jahren.

Ostwald-Mehle. Am 6. Februar starb der Steinmetz **Heinrich Reitemeyer** aus Mehle im Alter von 46 Jahren und am 12. Februar der Kollege **Konrad Weiberg** aus Esbeck im Alter von 47 Jahren und 5 Monaten. Beide an der Berufskrankheit.

Pirna-Schöna. Am 10. Februar starb an der Berufskrankheit unser Kollege, der Steinbrecher **Gustav Herm. Kretzschmar** im Alter von 37 Jahren 8 Monaten. Ehre ihrem Andenken!

Nach kurzem Krankenlager verschied am 15. Februar der Gastwirt

Erdmann Prizibilla

im Alter von 66 Jahren.
Der Verstorbene war einer von den wenigen, welcher seine Lokaltät, als im Jahre 1898 die hiesige Zahlstelle gegründet wurde, trotz Schikanierungen der Behörden jederzeit zu gemächlichen wie politischen Versammlungen zur Verfügung stellte.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Steinarbeiter
der Zahlstelle Wenig-Rackwitz.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Nagetiere der Volkswohlfahrt.

Die Herren Junfer und das damit verbundene reaktionäre Geschmeiß, die fattsam bekannten Wortführer des Bundes der Landwirte mit dem übrigen Anhang, kommen in der Fastenwoche alljährlich im Zirkus Busch in Berlin zusammen, um der Regierung und der Öffentlichkeit zu zeigen, wie groß die Not der Landwirtschaft sei. Einige agrarische Schreibhalse behandelten auch das Gebiet der Sozialpolitik und zwar in einer Weise, die als unerhört schamlos bezeichnet werden muß.

Triumphgeheil an jedem Tag und an jedem Tag Drohungen neuer Reaktion! Am Montag der vorigen Woche schrien die Oldenburgs und Dertel nach Zollkrieg mit England und Amerika, am Dienstag schmetterten die Mantuffel und Mirbach laute Fanfaren gegen Arbeiter-sozialpolitik, für neue indirekte Steuern, für neue Zwangsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft!

Die „landwirtschaftliche Woche“ offenbart die Bestrebungen der agrarisch-konservativen Reaktion in all ihrer Herrlichkeit und Reichhaltigkeit. Unter täglich neuer Firma und unter Führung wechselnder Häuptlinge verständig dieselbe Interessentente des Großgrundbesitzes und der Hochbureaucratie die Wünsche, deren Erfüllung sie obn der neuen „liberalen Wera“ erwartet. Im Zirkus Busch bei den Bündlern herrschte die Note des Zollwuchers, der Steigerung der Lebensmittelpreise. Am Dienstag waren dieselben Leute beisammen als „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“. Und sie sagten dem deutschen Volke recht ungeschminkt, durch welche „Reformen“ sie es zu beglücken gedenken.

Die Elite der politischen und wirtschaftlichen Reaktionsmacht steht an der Spitze dieser „Reformer“, da rufen zum Streit nicht nur die von Kardorff und Arendt, sondern die erlauchten und mächtigen Herren des preussischen „Herrenhauses“, die Freiherren von Mantuffel und Grafen von Mirbach. Freiherr von Mantuffel eröffnete die Versammlung seiner zumeist adligen Standesgenossen. „Es war hohe Zeit“, so erklärte er, „den Druck der Sozialdemokratie abzumitteln“. Aber „mit Gottes Hilfe“ sind die Wahlen „für die nationalen Parteien glänzend ausgefallen und die konservative Partei hat die größten Erfolge errungen“. Von den Mitteln des Luges und Truges, mit denen diese Erfolge errungen wurden, sagte der Freiherr natürlich nichts, und er sagte nichts von der ungeheuerlichen politischen Vergewaltigung, daß die konservativen Reichstagsmandate, obschon sie die sozialdemokratischen erheblich überwiegen, nur ein Drittel der Wählerstimmen hinter sich haben, die die Sozialdemokratie hinter sich hat.

Nach einer Attacke auf die Organisation der Reichsbank kamen die Steuer- und Wirtschaftsreformer zum wichtigsten Punkt ihrer Tagesordnung. Das Herrenhausmitglied Dr. v. Burgsdorff sprach über die sozialpolitische Gesetzgebung. Er befürwortete folgenden Antrag:

Die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung hat es nicht vermocht, Zufriedenheit in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung herbeizuführen und die Umstürzbewegungen einzuschränken. Die 32. Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer erklärt: A. Es ist anzustreben: 1. die Verschmelzung der drei Arbeiterversicherungsgesetze (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung), die Vereinheitlichung und die Verbilligung ihrer Verwaltung sowie die Vereinfachung des Streitverfahrens; 2. eine ausgiebige Erschließung der in der allerhöchsten Botenschaft vom 17. November 1881 indizierten indirekten Steuerquellen in Verbindung mit geeigneten Repressivmaßnahmen gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, ohne welche beiden Maßnahmen die sozialpolitische Fürsorge, zumal in der Gestalt, welche sie heute angenommen hat, als dem Sinne der allerhöchsten Botenschaft vom 17. November 1881 widersprechend

und den Zwecken und Zielen derselben zuwiderlaufend angesehen werden muß. B. Da der bislang beschrittene Weg sich zum Teil als gangbar nicht erwiesen, vielmehr der größte Teil der sozialpolitischen Fürsorgemaßnahmen die Begehrlichkeit unter der Arbeiterschaft herborgerufen und eine unter solchen Umständen nicht zu rechtfertigende weitgehende Belastung vieler Kreise und Erwerbszweige herbeigeführt hat, werden die verbündeten Regierungen ersucht, weitergehende Maßregeln so lange zurückzustellen, bis a) die allerhöchste Botenschaft von 1881 mit den dort angebotenen und für unerlässlich erkannten Mitteln durchgeführt, und b) der Erfolg dieser Durchführung in dem von der allerhöchsten Botenschaft erhofften Sinne abgewartet worden ist; dagegen von einer Arbeitslosenversicherung aber Abstand nehmen zu wollen.

Die Debatte gab den Kommentar zu dieser Resolution. Der erste Redner, Freiherr Engelbert v. Kerckerling, führte unter anderem aus:

Es seien durchaus nicht freudige Gefühle, welche wir bei Betrachtungen der Wirkungen der sozialpolitischen Gesetze empfinden. Mit unserer Sozialversicherung stehen wir schon tief im Staatssozialismus, auch andre Berufsgruppen werden bald Staatspensionäre werden wollen. Die Konsequenz wird zu der Forderung führen müssen: Jeder Deutsche hat ein Recht auf so und so viel Einkommen und was daran fehlt, zahlt der Staat. Damit wären wir schon nahe am Zukunftsstaat. Unter der Wirksamkeit der Sozialgesetze sind die sozialdemokratischen Stimmen von 550 000 auf 3 285 000 gestiegen. (Hört, hört!) Die sozialen Gesetze haben die wirtschaftliche Einheit zwischen Herrn und Knecht gesprengt. Der Wagen unserer sozialpolitischen Gesetzgebung rollt auf gefährlicher Straße. (Lebhafte Zustimmung.) Auf dem Lande bedeutet eine zwanzig- bis fünfzigprozentige Einbuße der Erwerbsfähigkeit noch keinen verminderten Lohn. Auf dem Lande nenne man diese zweckwidrigen Rentenbezüge „Schnapsrenten“.

Der Referent Dr. v. Burgsdorff leistete weiter folgenden Erguß einer unter dem sozialdemokratischen Druck erstickten Seele:

Es sei dringend notwendig, eine Aenderung der sozialpolitischen Gesetzgebung vorzunehmen, ganz besonders seien die Arbeiterausschüsse abzuschaffen und Einrichtungen zu treffen, daß die Sozialdemokraten nicht in die Verwaltung der Rassen kommen. Es fehle noch, daß durch die gesetzlichen Einrichtungen die Arbeiten des Herrn Bebel besorgt werden. Die Behauptung, daß die deutsche Sozialgesetzgebung einen Siegeslauf gemacht habe, sei vollständig falsch. So viele humanitäre Einrichtungen auch in England und Amerika geschaffen worden seien, die deutsche Sozialgesetzgebung ahme diese Nationen nicht nach.

Die Sozialgesetzgebung dürfe nicht so weit gehen, daß der Spruch: „Wer seinen Kindern gibt das Brot, und leidet dann selber Not, den schlägt man mit der Keule tot!“ zutrefte. Man brauche bloß anstatt Kinder, Arbeiter zu sagen. Die allerhöchste Botenschaft spricht von den Schwachen und Hilfsbedürftigen. Schwach und Hilfsbedürftig seien aber nicht mehr die Arbeiter, sondern der Mittelstand. Die Sozialdemokratie tue das ihrige, um den Mittelstand noch weiter ins Proletariat herabzudrängen. Die Geschichte lehre zur Genüge, daß, wo der Mittelstand fehle, die ganze Staatsherrschaft sofort ein Ende habe. Der Redner ersuchte im weiteren, seinen Leitsätze zuzustimmen. Wenn man etwas für recht erkannt habe, so solle man nicht mehr sagen: „Ja aber“, sondern: „Ja also“. (Lebhafte Beifall.)

Einigen anderen Rednern kamen dann diplomatische Bedenken über die allzu große Offenherzigkeit, in der die Resolution in ihrem Absatz B den Stillstand jeder Sozialreform forderte. Man einigte sich schließlich auf den Vorschlag des Grafen v. Mirbach dahin, diesen Absatz zu streichen. In der Tat enthält der erste Absatz der Resolution alles schon in sich, was der zweite noch besonders ausführt.

Es ist nun zu erinnern, daß die kaiserliche Botenschaft von 1881, in der die Versicherungsgesetzgebung angeklagt, eine „Steuerreform“ forderte, die in der Vermehrung der indirekten Steuern und in der Durchführung des Tabakmonopols bestehen sollte. Damit ist klar, wohin die konservative Reaktion auf dem Gebiete der Steuer-

gesetzgebung und auf dem Gebiete der Sozialpolitik eifert. Es sind alte Wünsche, deren Verwirklichung man vom neuen „nationalen“ Reichstag erwartet.

Die Grundgedanken dieses konservativen Wollens sind: das Verhältnis von Herr und Knecht ist erschüttert und es muß wiederhergestellt werden. Die Knechtarbeiten sind viel zu reichlich bedacht worden, wodurch ihre Begehrlichkeit erweckt wurde. Die Versicherungsgesetzgebung darf nicht weiter ausgebaut und verbessert werden. Sie muß vielmehr verbilligt werden. Beispielsweise sollen die niedrigeren Unfallrenten erspart werden, denn sie führen nur zum Schnapsstinken! Ferner soll die Arbeiterschaft von der Verwaltung der sozialpolitischen Einrichtungen ausgeschlossen werden. Dazu soll das Koalitionsrecht zugunsten der „Arbeitswilligen“, „reformiert“ werden. Wenn das alles noch nicht genügt, um die Arbeiter zufrieden zu machen, so sollen dann Ausnahmegesetze gemacht werden. Die neuen Steuern aber, die das Reich brauchen wird, sollen durch indirekte Belastung des Volkes, durch Tabakmonopol und Erhöhung der Getränkeabgaben aufgebracht werden.

Unter diesen herausfordernden Klängen reitet die Truppe der konservativen Scharfmacherei in die Arena der bevorstehenden politisch-parlamentarischen Kämpfe. Das Herrengegeschlecht gedenkt es dem Knechtgeschlecht zu zeigen, was es bedeutet, der nationalen Vorpiegelung zum Opfer zu fallen. Was aber werden die Knechte nun sagen, da diese Fanfaren der übermühtigen Reaktion über sie kommen? Wir glauben, es wird nicht lange währen, da werden die Knechte zur Erkenntnis gelangen, daß man sie listig überfallen und getäuscht hat. Die Knechte werden aufstehen und alles daran setzen, das wieder gut zu machen, was sie am Wahltag veräußert haben. Die Knechte werden es die Herren wissen lassen: Wir wollen nicht Knechte sein, die man mit Peitsche und höchstens mit Zuderbrot traktiert, wir wollen freie und gleichberechtigte Männer sein!

VII. Verbandstag der Steinsetzer und verwandter Berufsgenossen.

Ein stattliches Arbeiterparlament bildet der Verbandstag der Steinsetzer und verwandter Berufsgenossen, welcher am 18. Februar im Leipziger Volkshaus zusammentrat. Es sind nicht weniger als 123 Delegierte anwesend, desgleichen sind Vertreter der Bruderorganisationen aus Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Dänemark, Belgien und Italien eingetroffen. Im Auftrag des Deutschen Steinarbeiterverbandes nimmt Kollege Staudinger an den Beratungen teil. Den Rechenschaftsbericht, welcher die Periode 1903/06 umfaßt, gibt in musterwürdiger Weise Genosse Knoll, der Redakteur des Fachblatts. Bemerkenswert ist, daß Knoll vom Jahre 1894 bis 1906 Vorsitzender des Steinsetzerverbandes war und zugleich das Fachblatt mitredigiert. Auf wiederholtes Ersuchen der Generalkommission für die Gewerkschaften Deutschlands trat er in dieselbe als Sekretär ein, behielt aber die Redaktion des Fachblattes bei. Den Posten als Verbandsvorsitzender bei den Steinsetzern übernahm dann Genosse Wagner-Hamburg, welcher schon lange hervorragend im Verbandsrat tätig war. Knoll führte zum Rechenschaftsbericht etwa folgendes aus:

Die letzten drei Jahre waren im allgemeinen und auch für unsern Beruf eine Zeit der Hochkonjunktur wie niemals zuvor. Erst in den letzten zehn Jahren hat sich das Steinsetzergewerbe in aufsteigender Linie bewegt. Diese günstige Konjunktur gilt es auszunutzen. Freiwillig getätigt das Unternehmertum den Arbeitshilfen nichts. Es gelang uns, für jeden unser Verbandskollegen in den letzten drei Jahren eine zweimalige Lohn-erhöhung zu erreichen. Daran hatten 14 500 Personen Anteil. Die größte Zahl unser Kämpfe bestand aus sogenannten „trodden“ Lohnbewegungen. Insgesamt führten wir 230—250 Lohnbewegungen im Jahre 1905, 1906 und 1907, die pro Stunde eine Lohn-erhöhung von 6—8 Pfg., für 5000 bis 6000 Verbandskollegen bessere Bezahlung für Ueberstunden und Arbeitszeit-

August Bebel.

Der hochgeschätzte Führer der sozialdemokratischen Partei, August Bebel, hat eine 40jährige parlamentarische Tätigkeit hinter sich. Ueber dieses Abgeordnetenjubiläum schreibt die Frankfurter Tagespost folgendes:

Am 12. Februar 1867 trat August Bebel in das norddeutsche Parlament ein. Er war damals 27 Jahre alt. Beim Zusammenritt des ersten deutschen Reichstages 1871 wurde Bebel ebenfalls in diese gesetzgebende Körperschaft gewählt. Unter den 397 Abgeordneten, die bei diesen Wahlen vom deutschen Volke in den Reichstag entsandt wurden; ist bloß einer, das Mitglied der Zentrumsfraktion Graf Hompesch, der auf eine ebenso lange parlamentarische Wirksamkeit zurückblicken kann. Bei August Bebel waren diese 40 Jahre nur durch Gefängnisstrafen unterbrochene Kriegsjahre gegen die herrschende „Ordnung“, ein freudig und erfolgreich geleiteter Dienst für das deutsche Volk, für die Arbeiterklasse, für die Internationale, für die Menschheit.

So ist Bebels Jubiläum viel weniger ein Gedentag für ihn, als für die Arbeiterklasse und insbesondere für das deutsche Proletariat, das es zu seinem größten Stolze rechnet, daß er einer der Ihrigen war und stets geblieben ist. Bebels Leben ist ein wichtiges Stück des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. Auf jeder Seite dieser Geschichte taucht der Name dieses unermüdbaren Streikers, dieses größten Redners des deutschen Reichstages, dieses Künders des Sozialismus, dieses Propheten einer herrlichen Zukunft für die Menschheit, der sozialistischen Gesellschaftsordnung, auf.

Schwer ist es, über Bebel zu schreiben, weil man weiß, daß es keinen entschiedeneren Gegner des Personenkultus, der Heroisierung einer, aus seiner Person aus dem streitbaren Heere des um die Befreiung ringenden Proletariats gibt. Es sei gestattet, eine persönliche Erinnerung anzuschließen. Auf dem Parteitage zu Halle erhielt ich als Redakteur das erste Lob Bebels, weil die damals von mir redigierte Sächsische Arbeiterzeitung einen sehr kraftvollen Artikel gegen den Personenkultus, gegen das Nüchtern einzelner Führer, gegen den Handel mit den Bildern unsrer Abgeordneten brachte. Einem anwesenden Redakteur des Berliner Volksblattes, des späteren Vorwärts, sagte damals Bebel: „Den Artikel müßt Ihr abdrucken. Der sollte durch die ganze Parteipresse gehen.“ Wenn wir nun trotzdem über Bebel anlässlich dieses Festtages schreiben, so geschieht es, weil eine publizistische Pflicht vorliegt, der man sich nicht entziehen darf. Es wäre eine unentschuldbare Lücke, wollten wir nicht des Tages gedenken, an dem mit Bebel die deutsche Sozial-

demokratie auf dem Boden des Reichstages Fuß faßte. Bebel war nicht bloß der vorwärtsstürmende Oeffner der Pforten des Parlaments, er hat in demselben, von ganz kurzen Unterbrechungen abgesehen, in schlagfertiger Weise die Sache des arbeitenden Volkes geführt, als glänzender Redner, der sich bald die gespannteste Aufmerksamkeit des Hauses erzwang, als geschäftigster Debattier, als schlagfertiger Zwischenrufer. Wühmt ist die Szene, in der der junge Bebel den sich für unerschütterlich haltenden Präsidenten Simson, die unbestrittene Autorität der Geschäftsordnung, auf den Sand setzte und sich das Wort erzwang. Weniger bekannt ist das Wort Wobbesles, des früher bekanntesten parlamentarischen Kommissars des Reichsamts des Innern, daß man am Bundesratsstische Bebel allein fürchte, weil er der sachkundigste, fleißigste, die parlamentarischen und sonstigen Materialien am genauesten studierende, die Schwächen, Lücken und Fehler der Vorlagen durchschauende Abgeordnete sei. Dieses Urteil eines der schärfsten Gegner der Sozialdemokratie ist sehr gewichtig, weil die Gegner aus jedem Irrtum, der Bebel in seiner großen Tätigkeit unterläuft, das größte Kapital schlagen und Bebel der Leichtgläubigkeit, mangelnder Kritik usw. zeihen.

Bebel ist der schärfste und konsequenteste Vertreter des Sozialismus, und trotzdem nicht bloß der am meisten gefürchtete; sondern auch der geachtetste Abgeordnete des deutschen Reichstages. Im Gegensatz zu der Spezialisierung der Gebiete, die die meisten Abgeordneten aus leicht begreiflichen Gründen üben müssen, ist Bebel einer der wenigen unierfesselten Redner, der stets wohl informiert und den Stoff beherrschend das Wort führt.

Keine Partei hat einen so anerkannten Wortführer, wie die Sozialdemokratie in Bebel. Die deutsche Arbeiterklasse sieht in Bebel, der aus ihrer Klasse herorgegangen ist und sich stets als einer der Ihrigen fühlte und mit ihnen empfand, kämpfte und hoffte, den besten Vertreter ihres gewaltigen Befreiungskampfes. Einer der wenigen in unsern Reihen, dessen Fähigkeiten mit denen Bebels verglichen werden könnten, charakterisierte ihn gerade vor 20 Jahren als den Mann, der die beste Zusammenfassung alles dessen ist, was die deutsche Arbeiterklasse erfüllt, der ihre Kampfesfreude, ihre Zukunftshoffnungen in sich verkörpert und instinktiv den Weg geht, den das klassenbewußte Proletariat als Heerstraße benutzen will.

So groß die Bedeutung Bebels als Parlamentarier ist, so wenig auch dem schärfsten Auge eine absteigende Linie in seiner parlamentarischen Wirksamkeit zu erkennen ist, so verfehlt wäre es, in Bebels Bedeutung die parlamentarischen Verdienste an die erste Stelle zu setzen.

Wer hat nicht in den letzten Wochen gestaunt über die Frische, die Leistungsfähigkeit, den Idealismus dieses von jugendlichem Feuer sprühenden Silberkopfes, der frei von jeder Ermüchtung jede verfügbare Stunde in den Dienst der Partei stellte, der von Hamburg bis Karlsruhe, von Dresden bis Straßburg, in Fürth wie in Berlin den Kampf führte, dem keine Ermüdung anzusehen war, der das alles für so selbstverständlich und natürlich, für Pflicht und Notwendigkeit ansah. Wie achtunggebietend erscheint da Bebel neben den klaffenden Bourgeois, die für das öffentliche Leben nichts übrig haben. Was Bebel als Agitator für die Sozialdemokratie geleistet hat, ist unübertroffen, erreicht er auch nur manchmal Lassalle, so übertrifft er ihn in der Wirkung um ein Vielfaches.

Mary soll einmal von Bebel gesagt haben, daß er einen der besten Köpfe für die Theorie habe. Mary behauerte, daß Bebel nicht an dem Ausbau der national-ökonomischen Wissenschaft mitwirken konnte. Auch wir behauerten dies, wir wissen aber, was seine Feder zur Verbreitung sozialistischer Erkenntnis beitrug. Seine zahlreichen Broschüren und gedruckten Reden haben auf Millionen Proletarier gewirkt, haben Hunderttausende aufgeklärt und der sozialdemokratischen Partei zugeführt. Sein Buch über die Frau war einer der größten literarischen Erfolge des ausgehenden 19. Jahrhunderts, es ist wohl das verbreitetste Buch der sozialen Literatur, es hat die Frauenbewegung befruchteter und Sympathien für den Befreiungskampf des arbeitenden Volkes in Kreisen erzeugt, die uns bis dahin in schroffem Unverständnis entgegenstanden. Unermüdblich arbeitet Bebel auch mit der Feder, alle Genossen, die wissen, welchen Arbeiten er seine tagen Mußestunden widmet, erwarten mit dem lebhaftesten Interesse sein nächstes Buch. In zahllosen Zeitungsartikeln hat er Stellung genommen zu den die Partei bewegenden Fragen, sein Wort erklang auf jedem Parteitage und fand dort und im ganzen Reiche, ja über die deutschen Grenzen hinaus aufmerksames Gehör.

Mary Bebel manchmal schroff und ungestüm sein, geht er auch mit dem parteigenösslichen Gegner nicht zart um, er ist eine durchaus demokratische Natur, er ist bei aller Entschiedenheit jedem Widerpruch zugänglich. Er ist erfüllt von der Meinungsfreiheit und vom Gleichheitsprinzip. Wohl ist ihm dies bestritten worden, aber sicherlich mit Unrecht.

Wir wissen uns eins mit allen, die im Befreiungskampf des Proletariats stehen, wenn wir uns wünschen, daß Bebel noch manches Jahrzehnt in voller körperlicher Gesundheit, in unge-schwächter geistiger Kraft, in unerminderter Jugendfrische an unsrer Spitze marschiere.

berührung von 1/2 bis 2 Stunden für Laufende von Kollegen brachten. Hocherfreulich ist es, daß das Verständnis für Erhöhung der Beiträge in allen Mitgliederkreisen ein so großes ist. Das fürchte uns gegen die Unternehmer. Jetzt sind auch deren Organisationen stark geworden, wenn auch dort noch eine Zerstückelung in 15 Unternehmerorganisationen besteht. Aber es wird nicht lange dauern, dann steht uns auch ein zentralisiertes Unternehmertum gegenüber.

Der durch den Reichstag beschlossene Pflastersteinzoll im Zolltarif ist glücklicherweise nicht gekommen. Wenn geschähen wäre unser Gewerbe ruiniert. Das allein bestimmte die Regierung bei dem neuen Handelsverträge mit Schweden das Einsetzen des Pflastersteinzolls vorläufig auf fünf Jahre hinaus zu ziehen. So wurde unsere Entwicklung nicht gehemmt. Wir haben in 153 Orten Tarifverträge erreicht, die mindestens für 8-10 000 Berufsangehörige gelten. Ferner ist es in vielen Orten gelungen, die neunstündige Arbeitszeit und den 75-Pfg-Stundenlohn zu erreichen. Wir haben zur Förderung des Tarifgedankens an alle in Betracht kommenden Behörden eine Tarifschrift geschickt, die da und dort ihre für uns günstige Wirkung nicht verfehlt. Der Magistrat von Königsberg i. Pr. sowie eine ganze Anzahl sächsischer Kommunen führen es seitdem durch, ihre Arbeiten nur an Meister zu vergeben, die sich mit unserer Organisation verständigt haben.

Leider konnte der Anschluß der Asphaltorganisation nicht durchgeführt werden. An uns lag es jedoch nicht. Ferner gelang es uns, in einer kleinen Anzahl von Orten die Pflastersteinhauer für uns zu organisieren, im besten Einvernehmen mit dem Verband der Steinarbeiter. Auch die Sonderorganisationen haben wir in durchaus friedlicher Weise aufgelöst. Bei der intensiven Werbeit der „Christlichen“ bei den Pflasterern werden wir auf dem Posten sein. Endlich hat der Präsident der American Federation of Labor einer Verständigung mit den deutschen Gewerkschaften zugestimmt. Dadurch können endlich diejenigen, die drei Jahre in Deutschland organisiert waren, sich auch in Amerika organisieren.

Das System der Gauleiter hat sich glänzend bewährt. Allein der Vorsitzende war im Jahre 1905 200 Tage unterwegs, meistens wegen Lohnbewegungen. Der beste Beweis für das Erstarben der Organisation ist das Sinken der Ausgaben für Maßregelungsunterstützungen. Leider konnte im letzten Jahre das Gebiet der Statistik aus Mangel an Zeit und Arbeitskräften nicht wie bisher gepflegt werden. Sollte das Unterstützungswesen wie bisher bleiben, dann müßte für das nötige Kleingeld gesorgt werden. Der Streik in Berlin im Jahre 1904 war für uns eine harte Belastungsprobe, die wir bestanden haben. Wir erreichten, daß die Kammer als Organisation anerkannt wurden, und werden sicher solche Kämpfe auch wegen der Hilfsarbeiter zu bestehen haben. Neuester interessant ist das Zugeständnis des Stettiner Magistrats, daß monatelange Streiks die Städte schwer schädigen. Das erklärt es auch, weshalb gerade unser Gewerbe noch von den Aussperrungen verschont geblieben ist. Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes haben unsere Zirkale unermüdlich ihre Forderungen, oft mit Erfolg, gestellt. Wir versuchten in Plauen einen Prozeß durchzuführen, der entscheiden sollte, ob die schwarzen Listen den guten Sitten widersprechen. Einige Verfehen der Plauenschen Kollegen brachten uns bei diesem Prozeß nicht den gewünschten Erfolg. Es war reiche Arbeit, die wir hatten, aber wir sind vorwärts gekommen.

Wagner-Berlin, der seit neun Monaten provisorischer Vorsitzender ist, ergänzt durch Einzelheiten den allgemeinen Bericht Knolls. Wir werden gut tun, auch ferner die gewerkschaftlichen Unterichtsurse durch unsere Beamten zu bescheiden. Im Juli 1906 sind die Pflastersteinhauer von Groß-Berlin und Rixdorf unserer Organisation beigetreten.

Die Debatte über den Vorstandsbericht war eine sehr kurze, die segensreiche Tätigkeit der Angestellten wird lobend hervorgehoben.

Zu einer eingehenden, aber durchaus äußerst sachlichen Diskussion kam es über den Streik der Leipziger Steinseher vom Jahre 1906, welcher als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gestellt wurde. Der Fall, wie der Streik entstand, ist besonders typisch. Bis 1906 ramnten die Leipziger Steinseher ihr gesetztes Pflaster selbst, der Stundenlohn betrug 63 bis 68 Pfg. Nun ließen die Unternehmer das Rammen durch Hilfskräfte besorgen und zogen ausländische Arbeiter heran, welche knapp 40 Pfg. Stundenlohn erhielten. Die Steinseher verlangten für die zugewanderten Hilfskräfte, welche ramnten, „denselben Lohnsatz“, wie ihn die Ersteren selbst erhielten. Die Unternehmer lehnten dieses Ansinnen ab, der Streik der Steinseher war somit perfekt. Der Zentralvorstand stellte sich auf den Standpunkt, daß auch in Leipzig die „technische Arbeitsteilung“ durch den Verband nicht verhindert werden könnte, und deshalb habe der Vorstand auch die Mittel zum Streik verweigert.

Der Streik dauerte 14 Tage und endete mit einem ziemlich guten Erfolg für die Steinseher. Nun wollten auf dem Verbandstag die Leipziger einen Beschluß herbeigeführt wissen, welcher ihnen „formell“ Recht gab. Diesem Ansinnen wurde nicht stattgegeben, sondern im „Prinzip“ wurde dem Zentralvorstand zugestimmt. Der Verbandstag zeigte sich aber auch gegenüber den Leipzigiern entgegenkommend und bewilligte nachträglich die Kosten des Streiks, die die nicht unbeträchtliche Summe von ca. 4000 Mark betragen. Das Ergebnis der Debatte wurde in folgender Resolution, die mit großer Mehrheit sanktioniert wurde, zusammengefaßt:

„Der 7. Verbandstag der Steinseher und Berufsangehörigen Deutschlands beschließt, in der Leipziger Streitangelegenheit nach reiflicher Debatte folgendes: 1. Formell war der Verbandsvorstand im Recht, wenn er die Mittel zur Führung des Streiks nicht bewilligte. Als Verband und moderne Gewerkschaft sind wir nicht in der Lage, technische Arbeitsteilungen, wie dies im Leipziger Streitfall in Erscheinung trat, verhindern zu können. 2. Die Publikation des Artikels des Kollegen Knoll hätte aus tatsächlichen Gründen bis zur Beendigung des Streiks zurückgestellt werden können. Die gute Absicht Knolls mit seiner kritischen Darlegung dem Verbands zu nützen, soll anerkannt werden. 3. Um die Organisationsverhältnisse der Leipziger Zirkale nicht zu gefährden, und weil die Leipziger Kollegen die soziale Lage schlecht entlohnter Arbeiter (der Hilfsarbeiter) bessern wollten, und weil ferner die Klassenverhältnisse der Leipziger Zirkale nicht die günstigsten sind, beschließt der Verbandstag: Die Kosten des Streiks sind auf die Hauptkasse nachträglich zu übernehmen. Dieser Fall zeigt aber, daß in Zukunft den Anweisungen des Zentralvorstandes unter allen Umständen nachzukommen ist.“

Ueber die internationalen Beziehungen sprach ebenfalls Knoll, das vorgelegte Regulativ für das internationale Sekretariat wurde einstimmig angenommen. Die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen schilderten in bereberter Weise die Berufs- und Organisationsverhältnisse in ihren Landes teilen. Wir können leider wegen Raum mangels die gemachten Auslassungen nicht wiedergeben. (Schluß folgt.)

Aus dem Striegauer Gebiet.

Wie bekannt, ist dieses Jahr hier der Tarif gekündigt worden. Es war auch Zeit, sind doch seit der letzten, noch dazu für uns unglücklich verlaufenen, Lohnbewegung schon sechs Jahre vergangen. Wer das Fachblatt aufmerksam verfolgt, wird bemerkt haben, daß die Kollegen allerorts auf dem Posten sind und besonders im letzten Jahre für Verbesserung ihrer Lage eingetreten sind. Nur bei uns ist Ruhe. Im vergangenen Jahre war zwar eine Abstimmung über Kündigung des Tarifs von der Verbandsleitung herbeigeführt worden, doch stimmte damals leider nur die Minorität dafür. Leider. Denn im Laufe des Jahres haben wir gesehen, daß wir eine günstigere Zeit zur Aufbesserung des Tarifs hätten gar nicht wünschen können. Der

Geschäftsgang war im verflossenen Jahre wie fast noch nie, zu vor. Sämtliche Geschäfte waren ohne Ausnahme voll beschäftigt. In manchen Betrieben waren mehr Arbeiter eingestellt worden, wenn sie nur noch welche zum Einstellen gehabt hätten. Wer nun aber denkt, daß demgemäß auch der Verdienst der Arbeiter ein hoher war, der ist im Irrtum. Aber es ist ja alles nach Tarif bezahlt worden, wird mancher einwenden. Das stimmt schon, über direkten Tarifbruch der Meister ist ja wohl nicht zu klagen gewesen. Doch um so schlimmer, wenn die Schuld am Tarif selber liegt. Und dort liegt eben der Haken. Der Tarif ist in jeder Hinsicht zum Ausbessern und auch Aufbessern. Es gibt auch Punkte, worin der Meister freie Hand hat zum Bezahlen, z. B. laubere Grabhewellen als gewöhnliche Gitterschwellen, wie er auch je nachdem ein Stück nach Kubik oder Quadrat berechnen kann. Infolge des jetzt eingeführten Patentstockhammers, der seiner stoch, werden viele Arbeiten, welche sonst als feingestochte bezahlt werden, nur noch als gewöhnlich gestocht bezahlt. Viele Stücke findet man überhaupt nicht einzeln im Tarif, diese kann der Meister in jede ihm beliebige Position lancieren, daß dies dann nicht zu unserm Gunsten ausfällt, wird wohl jedem einleuchten. Da hätte nun meiner Ansicht nach eine Reform des Tarifs in der Weise zu erfolgen, daß die Wertsteine, je geringer an Inhalt, desto höher nach Kubik oder Quadrat berechnet würden; wie es ja jetzt schon ist, aber Steine von einem ganzen Quadratmeter und einem halben Kubikmeter aufwärts unberührt, dagegen von dieser Grenze nach unten je kleiner desto mehr heranziehen. Dies wäre schon ein Fortschritt für uns, da doch viel mehr kleine Steine wie große zu machen sind.

Ob dieses Jahr zu Tarifverhandlungen so günstig sein wird wie das vorige, steht noch dahin, vorläufig läßt sich in unserm Berufe vom Zurückgehen des Geschäftsganges noch nichts spüren. Ein Beweis, wie notwendig gerade wir in der Striegauer Gegend eine Aufbesserung unserer Lage nötig haben, liefert der vor kurzem erschienene Jahresbericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft für 1905. Hier sind die zehn Sektionen derselben mit der auf sie entfallenden Zahl von Betrieben, sämtlichen Arbeitern und der Gesamtlohnsomme aufgezählt. Es entfallen auf die

Sektion	Arbeiter	Arbeiter	Lohnsumme	pro Mann
I	1460	14 022	11 405 041 Mk.	813,86 Mk.
II	1398	12 434	12 172 529 "	980,58 "
III	1443	15 781	15 546 496 "	985,14 "
IV	2148	20 733	21 734 630 "	1048,31 "
V	1567	19 421	19 664 895 "	1012,56 "
VI	1239	16 650	15 118 605 "	908,05 "
VII	1220	13 159	11 988 833 "	907,28 "
VIII	681	16 900	12 842 793 "	759,93 "
IX	985	16 100	15 297 099 "	950,13 "
X	558	15 648	15 152 292 "	968,82 "

Die Sektion VIII umfaßt die Provinz Schlesien. Hieraus kann man ersehen, wie ungünstig wir gestellt sind. Die niedrigsten Löhne in ganz Deutschland, aber die Lebensmittelpreise, insbesondere hier im Striegauer Bezirk, können sich mit jeder Großstadt messen. Daselbe gilt von allen andern Verbrauchartikeln. Nun, Kollegen, steht selbst zu, ob es immer so bleiben soll, die Macht liegt in Eurer Hand, wenn Ihr einig seid.

Bericht des internationalen Sekretariates pro IV. Quartal 1906.

In allen Ländern (mit Ausnahme von Frankreich und der Niederlande) wurde das möglichste geleistet zur Stärkung der Organisation und es sind wirklich große Fortschritte allenthalben zu verzeichnen. Eine Uebersicht der Resultate der so vielen Bewegungen und Streiks ergibt deutlich einen ganz gewaltigen Umschwung zur Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. Wird im laufenden Jahre im gleichen Maße gearbeitet, dann dürfte bald der Zeitpunkt zur Bildung eines richtigen internationalen Steinarbeiterverbandes da sein, der die lockeren Formen noch enger zusammenschmiedet.

Den Berichterstatter sprechen wir für ihre Mühe den besten Dank aus; nur schade, daß die Berichte so karg eingehen und sich nicht alle Länder regelmäßig daran beteiligen.

Die Sekretariatskommission.

Kassa-Abrechnung
des internationalen Sekretariates vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906.

Einnahmen:	
Barfaldo	Fr. 48,77
Österreich	131,85
Deutschland	245,70
Schweiz	75,-
Ungarn	31,18
Schweden	98,75
Dänemark	30,-
Serbien	45,-
Spanien	51,80
Ueberschuß Rabresina	3,-
Total	Fr. 755,55

Ausgaben:	
Besolungen	Fr. 450,-
Bureauauslagen	6,40
Spesen und Porto	114,81
Uebersehungen	134,80
Sitzungsgelder	10,40
Für Unterstützung München	25,-
Diverses	1,70
Total	Fr. 743,11

Auf der Bank waren am 30. Juni 1906 angelegt 191 Frank 45 Cts.

Schweiz. In Luzern sind nun schon seit mehr als 30 Wochen die Steinbauer im Streik, da sie die anderwärts schon eingeführte neunstündige Arbeitszeit verlangen. Die Machinationen des Baumeisterverbandes zur Unterstützung der Meister waren die denkbar schroffsten, sind jedoch an der Macht der Organisation abgeprallt. In den Kantonen Tessin und Uri sollten die Granithauer veranlaßt werden, im Afford zu arbeiten; ihre Weigerung wurde mit Massenausperrung beantwortet, die noch heute fort dauert. Ferner fanden noch sechs weitere Bewegungen statt, von denen fünf mit befriedigendem Erfolg beendet wurden. Neue Sektionen wurden in der deutschen Schweiz fünf, in der französischen zwei und in der italienischen eine gegründet. Speziell in der Kunststeinbranche war es möglich, allgemein festen Fuß zu fassen. Aller Voraussicht nach zu schließen wird das Jahr 1907 noch beweget werden als das vorhergehende.

Der deutsche Organisationsbericht ist weggelassen. (Red. des Steinarbeiter.)

Ungarn. Im letzten Quartal waren zwei Angriffskämpfe und drei Abwehrkämpfe zu verzeichnen; der eine (Budapester Arbeiterkammerstreik) von den zwei (Budapester Arbeiterkammerstreik) von den drei Abwehrkämpfen endigte mit vollem Siege, während die Vorteile des zweiten kümmerlich waren. Von den drei Abwehrkämpfen en-

digten zwei mit Erfolg und der dritte ist noch nicht beendet. Boykotts waren zwei; davon ist einer mit Erfolg aufgehoben worden, während der andere noch weiter besteht. In den obengenannten zwei Angriffskämpfe und drei Abwehrkämpfe waren 91 Mann beteiligt, die insgesamt 259 Arbeitstage verloren haben mit Ausnahme von einem Abwehrkämpfe, der noch nicht beendet ist. Wo es den Kollegen bei günstiger Situation gelungen ist, mit den Meistern einen Vertrag zu schließen, dort kommt es später zumeist zu einem Abwehrkämpfe, denn die Meister wollen sich an die Durchführung der Verträge nur ungern gewöhnen. Die Arbeitszeit beträgt auf den größten Arbeitsplätzen neun Stunden, auf kleineren 9 1/2 und auch noch 10 (auf indifferenten Plätzen auch noch 10 1/2) Stunden. Die Kollegen in der Provinz befaßen sich nun immer mehr mit der Frage der Arbeitszeit und des Stundenlohnes. Es geht mit der Organisation immer mehr vorwärts. Der Geschäftsgang ist in der letzten Periode wieder flauer geworden. In Budapest hat sich die Tarifrage durch das ganze Jahr gezogen, bis in letzter Zeit, wo der aufgestellte Tarif endlich den Meistern vorgelegt wurde und die Unterhandlungen begannen.

Schweden. Seit dem 12. Dezember sind die Steinhauer in Gjalmedal, Risö, Galland und Blekinge ausgeperrt. Als die Arbeiter nämlich Mitte August den Arbeitgebern einen Stundenlohn tarif unterbreiteten, behielten sich dieselben sehr passiv dazu. Anfangs Dezember erklärten die Unternehmer nun, nur auf Grundlage eines Affordsystems zu unterhandeln und forderten innerhalb drei Stunden Antwort resp. Zustimmung. Dies war in einer so kurzen Frist natürlich unmöglich und so wurden denn die Steinhauer in obengenannten Orten ausgeperrt und zugleich der in Kraft bestehende Vertrag aufgehoben. Im weiteren sind keine Bewegungen von Bedeutung zu verzeichnen. Eine intensive Agitation ist mit ausgezeichnetem Erfolge im Gange und ist der Verband in steter Zunahme begriffen. Schon im 4. Quartal sind 10 neue Sektionen mit 389 Mitgliedern dem Verbände beigetreten, so daß derselbe jetzt in 105 Sektionen über 4000 Mitglieder zu verzeichnen hat. Auch die finanziellen Verhältnisse bessern sich immer mehr; so sind für dieses Quartal die Einnahmen auf 20 847,21 Kronen, die Ausgaben auf 12 132,02 Kronen und der Kassenbestand auf 32 329,44 Kronen gestiegen.

Belgien. Auch hier sind noch einige größere Bewegungen vom letzten Quartale her in der Schwebel. Der Streik in Ermitage dauert nun schon über 20 Wochen und es sind daran über 100 Mann beteiligt. Die Kollegen anderwärts halten den Ausgang dieses Streikes für sehr bedeutenswert und steuern ihr möglichstes zu dessen Aufrechterhaltung bei. In Calonne waren ebenfalls einige Wochen 50 Mann im Streik. Hier handelte es sich speziell um Maßregelungen. Durch das einige und geschlossene Vorgehen der Kollegen war es möglich, diesen Streik zu Gunsten der Arbeiter erledigen zu können.

Geplante Neubauten.

A scher Leben. Mit dem vor kurzem projektierten Neubau des Stadttheaters wird nach Schluß der diesjährigen Spielzeit begonnen. — **W a m b e r g.** Im Wettbewerb um Pläne für eine neue Synagoge erhielten Architekt Kronfuß in Bamberg den ersten Preis, den zweiten Preis die Gebr. Rant, Architektur- und Baugeschäft in München. — **W e n s h e i m a. d. B.** Für ein Seminargebäude sind die Pläne ausgearbeitet. — **B e r l i n.** Umbau des Nordbahnhofes. Beginn im Sommer. — Mit dem Rathaus in Neu-Weißensee soll baldigst begonnen werden. — Zweites großes Kriegerdenkmal (Marinehaus) an der Weissenbrücke von einer Gesellschaft nach den Plänen des Architekten Otto Liesheim beabsichtigt. Geschäftsführer der Gesellschaft ist W. Weber, Oranienstraße 30. — Die Gemeindefürsorgeverwaltung von Wilmersdorf hat für eine evangelische Kirche als erste Baubate 100 000 Mk. bewilligt. — **W e i s e n e r o d e.** Kirche geplant. — Der Bergfiskus will in der Nähe der Stadt Wohnungen für 320 Arbeiterfamilien errichten. — **V o r k e n, W e s t f a l e n.** Pläne für ein Kreishaus vom Kreisrat genehmigt (140 000 Mk.). — **R e i n a. Rh.** Mit dem Bau eines Kreisständehauses und einer Sparkasse für den Landkreis Köln wird im Juni begonnen (220 000 Mk.). — **Neubau der Bayern- und Holzwerft** von den Stadtverordneten genehmigt (1 320 000 Mk.). — **Tierkörpervernichtungsanstalt** von den Stadtverordneten genehmigt (360 700 Mk.). — **D o r t m u n d.** Erweiterung des Landgerichtsgebäudes beabsichtigt (600 000 Mk.). — **E s s e n.** Feuerwehrdepot beschloßen (Gesamtkosten 410 000 Mk.). — **F o r c h h e i m.** Mädchenschule. — **F r a n k e n t h a l.** Kanalifizierung nach den Plänen der Städtereinigungsgesellschaft in Wiesbaden beschloßen (980 000 Mk.). — **F r a n k f u r t a. M.** Städtisches Versorgungshaus beabsichtigt. — **G l a d b e c k.** Schlachthaus (ca. 350 000 Mk.). Beginn im Frühjahr. — **S c h w a b. G m ü n d.** Um Vorentwürfe für ein Fachschulgebäude mit Anbau für die städtischen Sammlungen wird ein Wettbewerb ausgeschrieben. Preise 2500, 1500, 1000 Mk. Endtermin: 8. Mai d. J. Unterlagen vom städtischen Hochbauamt unentgeltlich. — **H a l l e.** Erweiterung der städtischen Gasanstalt I geplant (1 150 000 Mark.). — **L a n d e s h u t i n S c h l e s i e n.** Realgymnasium von der Stadt beabsichtigt. — **L ü b e c k.** Schule am Berliner Tor vom Senat beantragt (390 000 Mk.). — **L u i s e n t h a l,** Kreis Saarbrücken. Elektrische Anlage für die Gruben des westlichen Teils des Direktionsbezirks (2,5 Millionen Mark.). Im Etat für die ersten Bauten 250 000 Mk. — **N o r d h a f t e d t i n S c h l e s i g.** Schule. — **Q u e d l i n b u r g.** Mit dem Bau der Infanteriekasernen wird im Mai begonnen. — **Reutlingen.** Im Wettbewerb um Entwürfe für den Lieberhallenbau (550 000 Mk.) erhielt die beiden ausgelegten Preise Fritz Hornberger in Reutlingen. — **S c h w e i n f u r t.** Schule nach dem Projekte des Architekten Bonarz in Stuttgart genehmigt (460 000 Mk.). — **S c h w e i m.** Die Stadt nimmt 175 000 Mk. auf für: Straßebauten, Erweiterung der Gasanstalt, Veränderungen am Realgymnasium und Schlachthofsbauten. — **S o l i n g e n.** Erweiterung der hohen Töchterchule (17 000 Mk.). — **S p a n d a u.** II. Personenbahnhof. — **S t u t t g a r t.** Ein engl. Wettbew. betr. f. d. Erweiterung d. Geb. d. württemb. Ersten Kammer wurde unter den Herren Bohl u. Volk, Effenlohr u. Weigle, Eitel, Th. Fischer, G. Jassoh, Lambert u. Stahl, v. Rheinhard und Schmohl u. Stähelin in Stuttgart erlassen. — **Verwaltungsgebäude** von der Handwerkskammer beabsichtigt (90 000 Mk.). — **S c h u l e i n V e r d e n r a i n** (400 000 bis 500 000 Mk.), zwischen Unterlütheim und Wangen (250 000 bis 300 000 Mk.) sowie in der Nähe der Redarstraße (200 000 bis 250 000 Mk.) beabsichtigt. Um Pläne für die beiden ersten Bauten soll ein Wettbewerb ausgeschrieben werden, das dritte Projekt arbeitet das Hochbauamt aus. — **T i l l i t.** Feuerwache beschloßen. — **T ü b i n g e n.** Bibliotheksgebäude von der Stadt beabsichtigt. — **U l m a. M.** Krankenhaus (1 000 000 Mk.). Beginn im Herbst. — **W e r d o h l i n W e s t f a l e n.** Erhöhung der Sperrmauer an der Beresaltsperrre um 4 Meter (600 000 Mk.). — **W i e s b a d e n.** Alkanlage von den Stadtverordneten bewilligt (780 000 Mk.). — **Projekt des Adlersbades** endgültig genehmigt. — **W ü r z b u r g.** Bankgebäude von der Bayerischen Bodencreditbank beauftragt.